ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
עתון יומי אינפורמטיבי בשפה הגרמנית

NGEKLAGTE IN LILLEHA R BESTREITEN JEDE SCH

, UPI) — Die sechs Angeklagten wegen Beihilfe zum lem Marokkaner Achmed Bouschiki und wegen Spio- sten Israels bestritten gestern vor dem Gericht in Oslo huld. Sämtliche sechs Angeklagten sind Juden und zwei israelische Staatsbürger.

zess gegen die sechs i ist der wichtigste Prozess in Norwegen urteilung des Nazi- urs Quisling und er- er Öffentlichkeit be- ufmerksamkeit. Die sind Michael Dorf Steinberg (29). Dan Silvia Rafael (36), ehmer (36) und Ma- ikoff (30). Dorf und urden in der Woh- aelischen Sicherheits- al Ejal verhaftet, der Norwegen ausgewie- Dan Arbell ist däni- bürger und soll dä- sseberichten zufolge n Geheimdienstagen- ildet worden sein. Beamte behaupten, atsbürgerschaft von n Angeklagten nicht stgestellt wurde. ss findet vor einem al aus drei Richtern ien statt. 60 Presse- len für Journalisten t ausgegeben. alt Haakon Vicker seinem Eröffnungs- lass der Mord an on einer offiziellen Gruppe für Terror- begangen wurde. uptete der Staatsan- walt, dass Abraham Gehmer ein offizieller Agent des israelischen militärrischen Geheimdienstes ist, Silvia Rafael und Dan Arbell bereits bei früheren Gelegenheiten mit Gehmer zusammengearbeitet haben. Die Anklage will Beweise dafür erbringen, dass Gehmer direkt mit dem israelischen Geheimdienst verbunden ist. Die Angeklagten gehören einer Gruppe von 15 Personen an, die für den Mord an Achmed Bouschiki verantwortlich ist. Die zwei Personen, die Bouschiki durch 13 Schüsse getötet haben, sind entkommen.

Zu Beginn des Prozesses erklärte der Staatsanwalt, die Schwedin Marianne Gladikoff habe der Polizei geschildert, wie sie in Tel Aviv für jene Gruppe angeworben wurde, deren Aufgabe es war, den Vertreter des „Schwarzen September" ausfindig zu machen. Ferner habe sie dargestellt, wie Bouschiki aufgefunden und erschossen wurde.

Dan Arbel soll zu Protokoll gegeben haben, dass er und Sylvia Rafael eine gemeinsame Aufgabe hatten. Diesbezüglich beantragte der Staatsanwalt eine Sitzung des Gerichtes unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Über G uptete der Staatsanw Zweiter Sekretär de schaft in Paris ge berg soll als Chauf r Pariser Botschaft esen sein, doch diese ehmer gekannt zu

Morg weitere Sitzung der Milit legationen in Genf

Genf (U P) — Die militärische legationen Aegyptens els trafen sich gestern zweieinhalbstündig ch über das militäris ngagement am Suezkan rden morgen zu einem Gespräch zusammentre

In einer Verlautbarung nach s der gestrigen Konfe st es, dass die militäris beitsgruppen gestern eratungen fortgesetzt h egyptische Vertreter erkl ss israelischerseits kei nen Vorschläge unt wurden, während isra eits eine halbstündige hung der Konferenz da ndet wurde, dass raelischen Vertreter ein ngespräch mit Verteidig ster Dayan führten. verlautet, dass die israe Delegation während des Tages in telefonischer exverbindung mit Jerus nd.

In Washingt de darauf hingewiesen, d israelischen Vorschl hrscheinlich die Unterst von Aussenminister Dr nger geniessen und gut chten für die Annahme d orschläge durch Aegypte chen. In Genfer inform Kreisen wird allerdings ermutung geäussert, dass erpflichtenden Beschlüss der Unterredung des äg en Aussenministers Fah Gromyko in Moskau zu erwarten sind.

Die Londoner „Times" berichtet aus Kairo, dass man in Aegypten die israelischen Pläne für ein militärisches Disengagement keineswegs mit grosser Begeisterung registriert hat.

Arabischen diplomatischen Kreisen zufolge beabsichtigt Aegypten von Israel Entschädigungszahlungen für alle Schäden zu fordern, die ihm durch die Okkupation ägyptischer Gebiete seit 1967 entstanden sind. Die Aegypter wollen für die entgangenen Einnahmen aus dem Suezkanal, für die Nützung der Oelfelder im Sinai, für die Verluste an Menschenleben und für Sachschäden entschädigt werden.

DAYAN ERSTATTET GOLDA MEIR BERICHT UEBER WASHINGTONER GESPRAECHE

Jerusalem (HM) — Verteidigungsminister Mosche Dayan **begab sich gestern früh nach Jerusalem, um Ministerpräsidentin Golda Meir einen ausführlichen Bericht über seine Washingtoner Gespräche zu erstatten. Der Verteidigungsminister musste Frau Meir in ihrer Privatwohnung aufsuchen, wo sie krankheitshalber das Bett hüten muss. Dayan hatte Frau Meir schon am Sonntag kurz in die Ergebnisse seiner dreitägigen Mission in Washington eingeweiht.**

Das Kabinett hat sich wahrscheinlich noch nicht ausführlich mit den Implikationen des Besuches Dayans in Washington auseinandergesetzt.

Mittlerweile wurde beschlossen, die Mitglieder der israelischen Militärmission zu den Genfer Truppenseparierungs-Gesprächen nicht nach Israel zu Beratungen zurückzuberufen. Verteidigungsminister Dayan gab ihnen gestern gewisse telefonische Instruktionen. Da die nächste Sitzung mit den ägyptischen Stabsoffizieren für morgen, Mittwoch, angesetzt wurde, werden die zusätzlichen Instruktionen ihnen nach Genf weitergeleitet.

Die Initiative für den erwarteten Fortschritt im Rahmen der Militärverhandlungen liegt jedoch momentan in Kairo.

Im israelischen Aussenministerium ist der Zeitpunkt der Wiederaufnahme diplomatischer Verhandlungen auf Botschafterebene in Genf noch nicht bekannt. Zur Zeit befindet sich nebst der Militärmission lediglich ein einziger Vertreter des Aussenministeriums in Genf — der stellvertretende Leiter der Abteilung für UNO-Angelegenheiten Ramin. Heute begibt sich der stellvertretende Sprecher des Aussenminister Pazner in die Schweiz und dies wird als Anzeichen dafür gedeutet, dass demnächst eine Abordnung des Aussenministeriums zu den Friedensverhandlungen in Genf erscheinen wird.

Politische Beobachter in Jerusalem weisen auf die Wahrscheinlichkeit hin, dass Aussenminister Dr. Kissinger im Laufe der nächsten 14 Tage eine neue Runde von Blitzbesuchen der nahöstlichen Hauptstädte durchzuführen gedenkt. Jedenfalls ist die diplomatische Tätigkeit gegenwärtig auf Kontakte hinter den Kulissen unter Ausschluss der Massenmedien beschränkt.

at verzichtet auf den sterpräsidenten-Posten

AFP, R) — Der ge- ägyptische Wirt- ter Abdel Asis He- n Zuge einer Umbil- yptischen Regierung isterpräsidenten er- n und General Ga- rst kürzlich zum Ge- ef ernannt worden der neue Kriegsminitens sein. Dies be- libanesische Zeitung ".

Bericht zufolge beab- sident Sadat die Re- zubilden und auf den Ministerpräsidenten m, den er im März res nach der Entlas- egierung Sidki über- tte. ll nun beabsichtigen, rhand aussenpoliti- lemen, insbesondere ng des Konfliktes zu widmen, während ng Heghasi sich mit aftlichen Wiederauf- andes beschäftigen

chen Presseberich- sind auch in Syrien n in der Regierung . Im Zuge der Um- Kabinetts soll Aus- Abdel Halim Ha- Vizepräsidenten er- n, während der bis- istikminister Abdal- zum neuen Aussen- annt werden soll. fen zwischen Anwar inem syrischen Kol- d, das in Kuweit **stattfinden sollte, ist arabischen Quellen zufolge wegen ägyptisch-syrischen Meinungsverschiedenheiten annulliert worden. Hingegen soll der syrische Präsident Assad demnächst einen offiziellen Besuch in Beirut abstatten.**

ZWEI SOLDATEN AN DER SUEDFRONT VERWUNDET

Zwei Soldaten wurden gestern bei wiederholten Schusswechsel mit den Aegyptern an der Südfront verwundet.

In den frühen Morgenstunden eröffneten die Aegypter Mörserfeuer auf unsere Einheiten östlich von El Balach. Unsere Truppen erwiderten das Feuer und der Schusswechsel dauerte bis etwa 11 Uhr vormittags. Dabei wurden die zwei israelischen Soldaten verwundet.

Um 14.30 Uhr eröffneten die Aegypter erneut das Feuer bei El Balach und schossen aus Handfeuerwaffen auf israelische Einheiten nordöstlich von Kantara. Auch in diesem Falle wurde das Feuer erwidert.

Um 15.30 Uhr griffen die Aegypter mit leichtem Feuer unsere Truppen südöstlich von Faid an. Etwa zu hen Zeit wurde auch eine lle südlich von Abadie ffen. In beiden Fällen wur s Feuer erwidert.

An der syrische nt wurden mehrere M granaten auf unsere Truppe ich von Kuneitra abgefeuer f israelischer Seite ware e Verluste zu verzeichne

Beirut (UPI). — Aegypten forderte die Führung der palästinensischen Terrorverbände auf, eine Exilregierung noch vor Beginn der zweiten Phase der Genfer Friedensverhandlungen zu bilden.

Japanischer Yen abgewertet

Dollarkurs in Frankfurt : 2.82 DM

Tokio (UPI, R). — **Die japanische Regierung unterliess gestern die Stützung des japanischen Yens, der infolgedessen von 280 auf 299.70 Yen per Dollar im Werte gesunken ist. Dies entspricht einer Abwertung von etwa 7%.**

Die Abwertung des Yen zeugt für die Schwierigkeiten, in welche die japanische Wirtschaft infolge der Inflation und der Energiekrise geraten ist. Im Jahre 1973 allein stieg der Lebenshaltungsindex in Japan um etwa 20%.

Auch auf den deutschen Finanzmärkten stieg der Dollar gestern weiter an und erreichte einen Kurs von 2.795 DM.

Die Deutsche Bundesbank verkaufte schliesslich 62 Millionen Dollar auf der Börse, wobei dann der Dollarpreis auf 2,825 angestiegen ist, der höchste Kurs seit acht Monaten.

Die Gouverneure der Zentralbanken der zehn bedeutendsten Industriestaaten des Westens begannen gestern in Basel mit zweitägigen Beratungen über die Steigerung des Dollarkurses und man vermutet eine gemeinsame europäische Aktion zur Verlangsamung des Dollarwertzuwachses, um Störungen der europäischen Nationalwirtschaften zu vermeiden. Aus wohlinformierten Kreisen verlautet, dass die Zentralbanken von Deutschland, England und der Schweiz begonnen haben, ihre Landeswährungen gegenüber dem Dollar zu unterstützen.

UPI : Arabisches Oelembargo geht im Februar zu Ende

London (UPI) — **Das arabische Oelembargo gegen die USA und Holland sowie die Beschränkungen in den Oellieferungen an andere Staaten werden im nächsten Monat ihr Enwde finden, berichtet UPI-Korrespondent Karl Thaler aus Kreisen der Oelindustrie.**

Präsident Nixon beschäftigt sich gegenwärtig in San Clemente mit einem Projekt, dessen Ziel es ist, die Unabhängigkeit der USA von ausländischen Energiequellen bis zum Jahre 1980 zu gewährleisten. Für diesen Zweck will Präsident Nixon 10 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen.

Die Ministerkonferenz der 13 OPEC-Staaten trat gestern in Genf zu einer zweitägigen Konferenz zusammen, um über den iranischen Vorschlag zu beraten, eine Verbindung zwischen Ölpreisen und den Preisen importierter Industriegüter herzustellen. Ferner soll ein venezolanischer Vorschlag erörtert werden, gemeinsam mit den Ölkonsumenten über eine zufriedenstellende Lösung der Energiefrage zu beraten

NOCH KEINE EINIGUNG MAARACH—LIKUD IN JERUSALEM

Jerusalem (HM) — **Gestern begannen in Jerusalem zwischen dem Maarach und dem Likud die sachlichen Koalitionsverhandlungen für den Jerusalemer Stadtrat. Bekanntlich unterzeichnete der Maarach bereits Koalitionsverträge mit den Vertretern der Agudat Israel und Poalej Agudat Israel.**

Der Maarach bot dem Likud zwei Vizebürgermeister an, unter der Bedingung, dass der Likud sich mit vier Vizebürgermeistern des Maarach abfinde.

Die Jerusalemer Maarach-Ortsgruppe will ihren Sekretär Zwi Rosen, der in den Stadtrat gewählt wurde, zum Vizebürgermeister ernannt sehen. Rosen soll den freigewordenen Platz des früheren Stadtratsmitglied Chaim Marinow einnehmen, der auch Stellvertretender Bürgermeister war. Bürgermeister Teddy Kollek setzt sich hingegen für die Ernennung seines Favoriten Meron Benvenisti für diesen Posten ein. Um sowohl die Wünsche des Maarach in Jerusalem wie auch die von Bürgermeister Kollek zu befriedigen, muss der Maarach über vier Vizebürgermeister verfügen, um einen weiteren Vizebürgermeisterposten für Benvenisti freizumachen. Falls der Likud zustimmt, wird der neue Jerusalemer Stadtrat nicht weniger als acht Vizebürgermeister haben.

Die Verhandlungen mit dem Likud dürften am Mittwoch zum Abschluss kommen. Gestern wurde vereinbart, dass der Maarach vier und der Likud zwei Vizebürgermeister erhält, doch werden die zwei neu hinzugekommenen Vizebürgermeister honoris causa sein.

Pacht rtraege mit Staatlicher Boden hörde ab 1.4. vereinfacht

Jerusalem (HM) — Ab 1.4. 1974 werden Erwe von Wohnungen in ö tlichen Baukomplexen (Schik n), die auf staatseigenem Bod errichtet werden, ihren Pa vertrag mit der Staatlichen Bo behörde auf Grund einer ne. vereinfachten Methode zeichnen, die vom Aussc s der Wirtschaftsminister am . September 1973 gebilligt w e und den Pächtern büro tische Schwierigkeiten erspar Dies verkündete am Montag f einer Pressekonferenz in erusalem der Leiter der sta lichen Bodenbehörde Aluf Mei Zore'a.

Nach der bisherigen ethode zahlte der Pächter 8 Prozent des Bodenwertes — der vom Regierungs-Bodens ätzer festgesetzt wird — in b. und entrichtete für die verbleibenden 20 Prozent einen jährlichen Pachtzins, der sich durch einen Zinszuschlag von 5 Prozent pro Jahr und entsprechenden Aufschlägen auf Rechnung von Index-Steigerungen alle sieben Jahre erhöhte. Ausserdem musste der Pächter im Falle des Besitzwechsels eine beträchtliche Abtrittsgebühr an die Bodenbehörde für ihre Zustimmung bezahlen. Fortan wird der Pächter den gesamten Pachtzins für die 49-jährige Pachtdauer, die um weitere 49 Jahre automatisch verlängert werden kann, auf einmal im Voraus bezahlen. Er erspart sich dadurch die jährliche Pachtzinszahlung, die alle sieben Jahre erfolgende Umberechnung und die Zahlung der Zustimmungsgebühr, da ihm die Zustimmung der Bodenbehörde bei Besitzwechsel unentgeltlich erteilt wird.

Pachtverträge für Ein- und Zweifamilienhäuser sind von der Reform nicht betroffen. Ebenso von ihr ausgeklammert bleiben die Inhaber von schätzungsweise 200 000 — 225 000 Schikun-Wohnungen, deren Pachtverträge bis zum Beschluss der Wirtschaftsminister unterzeichnet wurden. Für sie will die Bodenbehörde jedoch eine attraktive Alternative ausarbeiten, um sie freiwillig zu einem Anschluss an die Pachtreform zu bewegen.

Laut Aluf Zore'a werden die neuen Pächter ca. 91 Prozent des Schätzungswertes des Bodens — statt der bisherigen 80 Prozent plus Jahrespachtzins plus Verzinsung plus Index-Steigerung — entrichten und somit von jeder weiteren Zahlung einschliesslich der Zustimmungsgebühr enthoben sein. Für die Pächter der Zwischenperiode und die alten Pächter, deren Verträge heute gesetzlich geschützt sind, will die Bodenbehörde Alternativregelungen vorschlagen, die im Falle der letzteren Kategorie allerdings erst ab 1975 inkraft treten dürften. Die Regelung ist nur für die erste Pachtzeit von 9 Jahren bestimmt, bei deren Ablauf neue Pachtbedingungen festgelegt werden sollen. Die Bodenbehörde, die sich von der Vereinfachung der Pachtvertragsbedingungen nicht nur beträchtliche Bargeldeinnahmen sondern auch eine Einsparung des erforderlichen Verwaltungsapparats verspricht, möchte die Reform auf alle Pächterkategorien ausdehnen. Privilegierten Pächtern, wie Kriegsinvaliden, Neueinwanderern und jungvermählten Ehepaaren sollen die bisher genossenen Ermässigungen in anderer Form sichergestellt bleiben.

KEIN KISSINGER-BESUCH IM NAHEN OSTEN

Washington (UPI) — Der Sprecher des State Department dementierte gestern die Nachrichten, denen zufolge Dr. Kissinger eine neue Reise nach dem Nahen Osten plane.

AUSNAHMEZUSTAND IN HEATHROW DAUERT AN

London (R UPI) — **Die präzedenzlosen Sicherheitsmassnahmen auf dem Londoner Heathrow-Flughafen wurden während des gestrigen Tages auch auf das Palais Windsor ausgedehnt und man vermutet, dass die Sicherheitsmassnahmen auch in anderen britischen Städten ergriffen werden.**

KREISKY FUEHRT SOZIALISTISCHE DELEGATION FUER NAHOST AN

London (AFP) — **Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky wird an der Spitze einer Delegation der Sozialistischen Internationale stehen, die im Monat Februar den Nahen Osten besuchen wird, gab das Sekretariat der Internationale in London bekannt.**

VERHAFTUNGEN IN DER TIFFANY-AFFAERE

Drei Ausländer, zwei Schweizer und ein Norweger, die mit der Direktion des Tiffany-Klubs verbunden sind, wurden von der Polizei unter dem Verdacht der Verbindung mit der Brandstiftung verhaftet. (Siehe auch S. 6)

DAS WETTER

Regenfälle. Schnee im Gali möglich.

Temperaturen: Jerusalem 5—9; Tel Aviv 10—16; Haifa 10—16; Beer Schewa 7—15 und Ejlat 9—19 Grad.

CHT meldungen

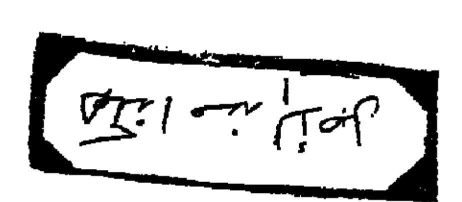
7jähriger Aegypter h gestern in Bang- d zu setzen, um ge- setzung des Nahost- protestieren:

tberlin wurden vier des „Schwarzen des Versuches ange- AL-Büros und das quartier der Stadt

0.000 britischen Lo- er drohten gestern Verschärfung ihres ks, während gleich- Anzeichen für ein be- Ende des Streiks der Kohlengrubenarbeiter in England vorhanden sind.

● **Der Generalstaatsanwalt in Stuttgart** führte eine Hausdurchsuchung bei der Firma Hackler & Koch in Oberndorf durch, nachdem die Firma beschuldigt wurde, am 21. Dezember 1973 an Bord eines luxemburgischen Flugzeuges Waffen nach Saudien exportiert zu haben.

● **Der tunesische Staatspräsident Bourguiba** äusserte gestern die Überzeugung, dass im Jahre 1974 ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten erreicht werden wird.



هكذا من الأصل

aus Israels PRESSE

AUSGEZEICHNETE LISTENVERBINDUNG IM TEL AVIVER STADTRAT

Haaretz lobt die Partei der Unabhängigen Liberalen dafür, dass sie den Bestechungsversuchen und Drohungen des Maarach widerstanden und mit dem Likud im Tel Aviver Stadtrat ein Abkommen geschlossen hat, durch welches der echte Wille der Wähler richtig zum Ausdruck gebracht und Lahat Bürgermeister von Tel Aviv wird. Die Zeitung greift den Maarach scharf an, weil er versucht hatte, die Unabhängigen Liberalen „zu kaufen", indem man ihnen vorschlug, sie mögen eine eigene Bank gründen und er ihnen ausserdem den Posten des Direktors der Bank Leumi übergeben wollte. Diese undemokratischen Machenschaften seien nicht zu verantworten, meint das Blatt dazu.

RELIGIOESE PARTEIEN VERLOREN STIMMEN

Hamodia bedauert die Tatsache, dass die religösen Parteien Stimmen verloren haben. Die Thorafront hat einen Sitz im Parlament weniger als vorher und auch die Religiös-Nationalen verloren einen Sitz. Die Zeitung meint, die Gründe dafür liegen in den Stimmen, die für Schakis unabhängige Liste verloren gehen mussten, da er ja nicht gewählt wurde. Ausserdem habe die Vereinigung der beiden Aguda-Gruppen zu einem gewissen Stimmenverlust geführt. Diese Lehren müssen aus dieser Wahl gezogen und für das nächste Mal ihre Konsequenzen beherzigt werden, damit ähnliches nicht wieder geschehe.

GERECHTE LASTENVERTEILUNG IM GANZEN VOLKE

Al Hamischmar beschäftigt sich mit einer komplizierten Analyse der Lastenverteilung zwischen Front und Hinterland, zwischen Soldaten und Zivilisten, zwischen Studenten, die bereits an den Universitäten studieren und anderen, die noch nicht lernen können. Die Zeitung kommt letzlich zu dem Schluss, dass eine wirklich gerechte Lastenverteilung erstrebt werden müsse, so wie die Soldaten an der Front sie sogar in Kraft glauben, da sie der Meinung sind, jeder Israeli trage seinen Teil bei. Das ist noch nicht so, sollte aber der Fall sein, so darf man von studierender Jugend verlangen, dass sie daneben eine bestimmte Arbeit für die Allgemeinheit leistet.

OPTIMISTUS FUER DIE GENFER VERHANDLUNGEN

Dawar zeigt sich sehr optimistisch für d. Erfolg d. Genfer Gespräche über die Separierung der Streikräfte und meint, es sei klar, dass beide Seiten zu einem Uebereinkommen gelangen wollen. Daher werde es auch möglich sein, dieses Uebereinkommen zu erreichen. Das ist keine Frage, die nur eine neue Regierung lösen darf, sondern jede Regierung, auch eine solche des Ueberganges, hat durchaus die Vollmacht und das Recht, in diesem Sinne abzuschliessen, damit die Kriegsgefahr gebannt werde.

Hazofe dagegen meint, man müsse doch erst dafür sorgen, dass es eine neue Regierung gebe, die alle Vollmachten hat, um in Genf abzuschliessen. Auch wenn das Uebergangskabinett vielleicht rechtlich solche Abschlüsse tätigen darf, sollte man doch den Willen des Volkes, so wie er bei den Wahlen zum Ausdruck gekommen war, nicht übersehen und erst eine neue Regierung bilden, die diesem Willen voll und ganz entspricht, bevor dann eben diese Regierung Entschlüsse fasst, die schicksalhaft sein können.

OBERRICHTER CHAIM COHEN BEFIEHLT
Kontrolle des Wahlvorganges bei den Bedui[nen]

Als Vorsitzender der Landeswahlkommission wandte sich **Oberrichter Chaim Cohen** an den Landesstab der Polizei mit der Forderung, man möge eine Untersuchung gegen die Vorsitzenden der Wahlkommissionen und deren Beisitzer in den Wahllokalen der Beduinenstämme El-Atauna, El-Nessra und Abu-Granit in die Wege leiten. Bei der Zentralen Wahlkommission waren nämlich Beschwerden eingelaufen, in denen von Misständen zur Zeit des Wahlvorganges die Rede war.

Es handelt sich durchwegs um Beduinenstämme aus der Gegend von Beer-Schewa. Der Oberrichter empfahl der Polizei, ihre Ermittlungen nach besten Kräften zu beschleunigen, da in dieser Angelegenheit möglicherweise eine Berufung gegen die Wahlergebnisse eingelgt werden wird.

Die Beschwerden wurden vom Vertreter der Liste Ajin-Resch bei der Zentralen Wahlkommission eingereicht. Es ist dies eine Beduinenliste, die mit dem „Likud" in Verbindung steht. Sie konnte kein Mandat erobern. Eine zweite Beduinenliste, Ajin-Alef, die mit dem Arbeiterblock liiert war, erzielte ein Mandat.

Ober-Richter, Chaim Cohen, der Vorsitzende der zentralen Wahlkommission für die Wahlen zur Knesset, sagte nach Abschluss der Arbeit der Kommission, es werde künftig notwendig sein, Regierungsbeamte als Sekretäre der Abstimmung-Ausschüsse zu ernennen. Die Zusammensetzung der Ausschüsse nach dem Parteienschlüssel sei von Nachteil und passe für eine Organisation, wie die Zionistische Weltorganisation, aber nicht für eine Staatsverwaltung mit ihrem riesigen Beamtenstab. Es gehe nicht an, dass der Erfolg von Wahlen von Parteienvertretern abhängig sei. Diesmal hat diese Methode zu vielen Fehlern bei der Zählung geführt.

Dagegen sagte der Oberrichter, dass bei der Zahlung der Soldatenstimmen, sich keine besonderen Probleme [illegible] haben.

Ein Prozess wurde gegen eine der Listen angestrenet, die an verbotenen Stellen Plakate geklebt hatte. Er bemerkte noch, er sei angenehm überrascht darüber, wie gut der Ausschuss gearbeitet hat und wie gross die Uebereinstimmung bei fast allen Beschlüssen gewesen ist.

Der Beschwerdeführer forderte die Annullierung der Wahlen in den Wahllokalen der drei Beduinenstämme von Beer-Schewa. Er behauptet, dass das Wahllokal von El-Nassra zu früh geschlossen worden sei. Das „Lokal" war in einem Zelt untergebracht. Nach der Schliessung seien angeblich von Leuten, die noch abstimmten, aus der : gestrichen worden. ı sollen angeblich auchel der erfolglosen Listeıon abgegebenen Briefu herauspraktiziert sein.

Atahlen im Stamme der at werden beanstand dort angeblich Wahl Liste Ajin-Resch und 'arteien gegen solche Alef ausgewechselt wurdzweckentfremdeten Zettenter den Tisch geworfen sein. Die Beschw sich benachteiligt fühlerteivertreters seien nichthlprotokoll eingetragen.

BeiAtauna sind angeblich mzettel der Likudliiertei verschwunden, noch ie Abstimmung beendet konnte. Ausserdem Wahlurne nicht vorscisig verschlossen sonde ganzen Wahltag über wesen sein.

Ob Chaim Cohen schrieb den Beschwerdeführern, dass sie berechtigt seien, bei der Knesset Berufung einzulegen. Sie könnten verlangen, dass die beanstandeten Urnen nicht in die Zählung einbezogen und die dort abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt werden.

Der Oberrichter will offensichtlich alles daran setzen, dass die Wahlergebnisse durch keinerlei Beanstandungen einer sich benachteiligt fühlenden Partei in Frage gestellt werden. Daher wird jede Klage genauer Ermittlung gewürdigt.

Die beschwerdefi... duinen können, nach ... Oberrichters, eine ... Abhaltung der Wa... Sie müssen zu diese... Protokolle der Wa... vorlegen, die sich ... schwerden bezieher... sich erweisen sollte, ... sitzer in den Bedu... kalen in ihren Bier... setz über die Knes... krimineller Weise v... würden sie mit ein... verfahren zu rechn...

ALLON UEBER DAS DISENGAGEMENT DER TRUPPEN

Vize-Ministerpräsident Igal Allon sagte, dass die abtretende Regierung das volle Recht besitze, über das Disengagement der Truppen zu beschliessen. Nach der Regierungssitzung am Sonntag sagte er in einem Interview in der Television, dass er gute Aussichten dafür sehe, dass die Parteien, die die gegenwärtige Regierung bilden, auch die kommende bilden werden. Somit habe die gegenwärtige Regierung das Recht, über die Art des Disengagements, das ein integraler Teil des Waffenstillstandsabkommens ist, zu beschliessen, wie es die Knesset seinerzit ratifizeirt hat.

„AMPA" VERGROESSERT DIE PRO[DUKTION] VON APPARATEN FUER NEUE O[LIM]

Zu Jahresbeginn erging eine neue Verfügung über Erleichterungen bei Erwerb von Geräten für Neue Olim. Die Gesellschaft „Ampa", die der grösste Produzent für solche Artikel im Lande ist, hat beschlossen, neuen Olim einen zuzüglichen Preisnachlass von 10% zu gewähren.

Eine grosse Ausw... trischen Hausgerät... neuen Olim zur V... stellt, wie: Eiskäste... tioners, Tiefkühltr... toren, Waschmasc... öfen, Television- u... te, Mixer, Bügeleis... kessel.

Der Vorteil bein... Geräten an einem... Es ist der Servic... Verkaufs- und R... im Lande und die ... portmöglichkeiten ... sen Firma.

STUDENTEN DER ARBEITSPARTEI LEHNEN [REGI]ERUNGSBILDUNG MIT LIKUD UND DER RNP AB

Die der Studenten, die Mitglr Arbeitspartei sind, lehnenzisch die Schaffung einer ınkskoalition mit d. Likudil dieser die Bestrebungeden Frieden in den Verhaen in Genf stören würdeWahlresultate haben dem lh einen klaren Auftrag gegeben, nach Genf zu gehen, um auf Grund der Beschlüsse des Sicherheitsrates, die von der Israel-Regierung angenommen worden sind, zu verhandeln, und einer Vereinbarung auf Grund von sicheren Grenzen und territorialen Verzichten zuzustimmen.

Im Verlauf dieser Deklaration rufen die Studentenvertreter die Ministerpräsidentin auf, die Koalition nach dem Bedarf zu bilden und energisch sich den „Erpressungen der RNP" zu widersetzen.

Der Weg der künftigen Regierung müsse, endet die Deklaration, von dem Wahlprogramm des Maarach geleitet sein.

DIAMANTEN MUELL[...]

Eine Maschine ... sa auf dem Flug n... ter den Fluggäste... mantes junges Eh... eine 22-jährige bil... sische Jüdin, der ... zem die Tore der ... net hatten, nicht z... dern zu einem Lux... Bundesrepublik. E... reicher Diamante... alles tut um sein h... zu verwöhnen. An ... der jungen Dame, ... prächtige Diaman... Werte von 15. ... Die beiden hatte... Israel einen Besuch...

Etwa 15 Min... Landung, geschieh... vorhergesehenes: ... technologischen R... Westens nicht ge... Russin, schneidet s... Finger. Die Wunde... tief und das Blut f... men. Der besorgte ... die Ringe von den ... Frau ab und vers... pierservietten, den ... stillen. Mit Hilfe ... verbindet er d. Wu...

Bruder des Mordopfers Afargan sagte aus

Eine weitere Ueberraschung in dem an Ueberraschungen reichen reichen „Mordprozess Afargan" ereignete sich, als die Anklage plötzlich forderte, drei neue Zeugen zu verhören. Nach der Darstellung der Staatsanwaltschaft würde durch diese Aussagen ein neues Licht auf den Haifaer „Unterwelt-Prozess" geworfen werden.

Die Verteidigung bat daraufhin um eine Vertagung der weiteren Verhandlungen auf Mittwoch. Bis dahin will man versuchen, den Verteidiger des Angeklagten Danino ausfindig zu machen, da sich der Anwalt beim Militär befindet. Das dreiköpfige Richterkollegium in dem Mordprozess im Haifaer Bezirksgericht bewilligte das Ansuchen der Verteidigung.

Als der Prozess in dieser Woche nach längerer Pause wiederaufgenommen wurde, war der Hauptzeuge der Anklage der Bruder des Ermordeten Chaim Afargan, Dani Amar, ein Kellner in Ejlat. Bekanntlich war auch Afargan einige Zeit vor seiner Ermordung aus Haifa nach Ejlat gezogen und hatte dort einen „Seemannsladen" eröffnet. Seinen Tod fand er bei einer seiner Fahrten nach Haifa, wo er regelmässig „Seemannswaren" für seinen Laden einzukaufen pflegte. Er war in einen Konflikt mit der Haifaer Unterwelt verwickelt, da er von der Prostituierten Esther Saguri, die für ihn „gearbeitet" hatte, IL 10.000 für seinen „Verdienstentgang" forderte und wegen säumiger Zahlungen öfter seinen „Nachfolger" aufsuchte. Die Anklage hält diesen Konflikt für ein wesentliches Mordmotiv.

Der Zeuge Amar sagte aus, dass er ein Telefongespräch seinesders von Ejlat nach Haifaangehört habe. Am anderde der Leitung befande die Angeklagten Uri MisraReuben Wagner (angekla einem anderen Zusmmng) und Abu Abbas, der Ienge. Afargan erzählte, ner Aussage von Afargans r, dass ihn der Kronzeuge Abbas gewarnt habe, erde in Haifa ermordet werd.

Deuge sagte weiter aus, dass gan auf seine letzte Reisedie Karmelstadt etwa IL 8 bis 10.000 für Einkäufetgenommen habe.

Est Saguri ist inzwischen wegelscher Aussage verurteilt den, da sie ihre belasterErklärungen gegen die Angeten plötzlich wieder „demerte"

EIN ISRAELISCHER RECHTSANWALT FUER ANGEKLAGTE IN LILLEHAMER

R.A. **Irwin Shimron** aus Israel wurde als Verteidiger zweier der Angeklagten in der Lilleham-Affäre bestellt. Der Prozess hat gestern in Oslo begonnen.

Der israelische Rechtsanwalt ist nach norwegischem Gesetz, nicht berechtigt, vor Gericht zu plädieren, sondern wird sich der Hilfe eines norwegischen Rechtsanwaltes bedienen müssen.

ZARCHIN FUER ERDOELGEWINNUNG AUS BITUMIN-STEIN

(RIN). — Der bekannte Ingenieur, Alexander Zarchin, der sein Leben der Entsalzung von Meerwasser gewidmet hat, trat jetzt dringend für die Gewinnung von Erdöl aus Bitumin-Steinen im Lande ein. Nach seiner Auffassung, kann aus Bitumin eine erhebliche Menge Erdöl gewonnen werden. Gehen wir nach einer konventionellen Methode vor, so kann die Produktion innerhalb von ein bis zwei Jahren beginnen, durch eine Sondermethode könnte man die Erzeugung jedoch schon innerhalb von sechs Monaten aufnehmen.

Zarchin wurde gefragt, warum Israel sich nicht bisher für die Gewinnung von Erdöl mittels dieser Methode interessiert habe. Darauf antwortete er: „Unsere Leute hier im Lande, sind alle Händler. Sie wollen verkaufen und kaufen, aber nicht produzieren. Eine völlige Umstellung in unserem Wirtschaftsdenken ist notwendig, und dann werden wir auch das Problem der Energieversorgung aus eigenen Kräften lösen können". Nach Meinung von Zarchin, kann auch aus anderen Materialien Brennstoff im Lande selbst gewonnen werden.

SOLDATIN VERUNGLUECKT

Eine 19-jährige Soldatin wurde in Aschkalon Opfer eines Unfalls, als die Militärmaschine, in der sie fuhr, mit einem Lastwagen zusammenstiess, der aus einer Nebenstrasse herausfuhr ohne zu bremsen. Der Fahrer der Militärmaschine ist wie durch ein Wunder, am Leben geblieben.

[VERTEI]DISICHERHEITSMINISTER SPRACH MIT [ANG]EHOERIGEN DER SYRIEN-VERMISSTEN

Scng abends traf Mosche Dayaine Delegation von Angehön der Vermissten der syrischFront und berichtete ihnen r die Bemühungen, die angengt wurden, um die Liste Vermissten zu erhalten umm mit ihnen über das Rote Kreuz Fühlung zu nehmen.

Es war das zweite Zusammentreffen des Sicherheitsministers mit den Eltern der Vermissten.

Aufruf zur Selbstbesinnung

— eine moderne «Kapuzin erpredigt»

Von OBSERVER

er Tel-Aviver Handels- und strieklub hatte seinen gros- Tag. Allwöchentlich werden nach dem Mittagessen Re- gehalten — die eine glat- die andere weniger bequem höflich, aber selten hin- sst ein Vortrag einen nach- gen Eindruck, der auf Ta- beim Zuhörer wirkt. war es als der frühere Meir Amit, bekannt aus r langen Karriere beim Mi- und als Chef des Geheim- stes, vor dem Klub das nahm.

ter dem „Regisse" Meir t kamen Wolfgang Lotz die Häftlinge der Lavon-Af- nach Israel. Damals ver- l es der Chef des Geheim- tes tief zu schweigen und im Untergrund. Heute als raldirektor des Industrie- erns Koor nimmt er sich gen kein Blatt vor den d. und sein Vortrag vor Handels- und Industrieklub le zu einer modernen Kapu- predigt, in der er nach und nach rechts erbar- gslos Hiebe austeilte.

e grosse Sorge Amits ist aufgetretene Mangel an stvertrauen und er erzählte, er zu Vorträgen vor Schü- geladen wurde, bei denen Lehrer „seelischen Ausver- " fürchteten, da bei den lern angesichts der Schwie- iten unserer Tage von Aus- ierung die Rede war.

ch bin gegen Normalisie- rief Amit aus und for- gerade angesichts der Ten- en des Mangels an Selbst- auen und der inneren Er- tterung ein Regime, das auf ausserordentlichen Schwie- iten von heute in vollem ange Rücksicht nimmt.

WIRKLICHE DEMOKRATISIERUNG

nd dann ging Amit zu kon- n Vorschlägen, praktisch, Angriff auf das Establish- und auf konventionelle Lügen über. Demokratisiert werden müssen in erster Linie die Parteien, in denen bis heute Bosse regieren.

Diese Feststellung gilt sowohl für die Arbeitspartei, die eigene Partei Amits, als auch für den Likud. Es gibt auch heute in den Parteien keine freie Wahl, sondern die Kandidatenlisten werden von finsteren Mächten hinter den Kulissen zusammengesetzt. Im Gegensatz zum heutigen System forderte Amit: in den Parteien müssen die Kandidaten direkt von den Mitgliedern gewählt werden, und das System der Rotation muss zur Pflicht werden. Wenn die Wähler einem Kandidaten in grossem Masse ihr Vertrauen schenken, so darf man ihm nicht den Weg zur Herrschaft mit Parteimanipulationen versperren, (viele Zuhörer bezogen diesen Satz auf die Ergebnisse der Tel-Aviver Wahlen).

Die Demokratisierung und Rationalisierung muss auch die Regierung erfassen. Ein Kabinett von fast 20 Ministern ist ein Unsinn, an seine Stelle muss eine kleine Regierung von sechs bis sieben Ministern treten, denen Junior-Minister für die einzelnen Ressorts zur Seite stehen können. Alles muss getan werden, um die Regierung aktions- und funktionsfähig zu machen.

Mit Nachdruck schloss sich Amit der Forderung nach Bildung eines nationalen Sicherheitsrates an, aber dieser muss aus wirklichen Experten ohne Rücksicht auf den Parteischlüssel zusammengesetzt sein. Eine Debürokratisierung ist dringend notwendig. Kommissionen zur Verringerung der der Zahl von Beamten haben wir zur Genüge gehabt, aber jetzt ist es an der Zeit, statt Kommissionen zu bilden, mit aller Energie zur Tat zu greifen. Als abschreckendes Beispiel für Mangel an Funktionieren und für Durchsetzung des Parteischlüssels führte Amit den obersten Wirtschaftsrat an, der auf 48 Mitglieder angeschwollen ist, weil alle vertreten sein wollten und mussten.

POLITISCHE MORAL

Dringend brauchen wir eine Hebung unserer politischen und gesellschaftlichen Moral. Heute sehen wir erneut, wie gewisse Schichten sich schrankenlos bereichern können. 2500 Lastautos wurden wegen der Kriegsverhältnisse eingeführt. Aber die Preise, die die Importeure bekommen, sind weit übertrieben, und Amit verlangte, dass den Lieferanten nicht die so leicht erzielten Gewinne gelassen werden.

Ein neues Steuersystem und eine andere Lohnstruktur sind notwendig, wobei unberechtigte Abzüge und Scheinposten für Ausgaben. Fachliteratur und dergleichen verschwinden müssen. In ganz anderer Weise als heute müssen die Verpflichtungen gegenüber den Familien der Mobilisierten erfüllt werden, und die Last muss in gerechter Weise verteilt werden.

Jeder muss ein Beispiel geben und hier wandte sich Amit an die Kreise der Industrie und des Handels, denn nur wenn sie auf leichte Bereicherung verzichten und ihren Lebensstandard senken, kann man mit Forderungen zu den Arbeitern kommen. Amit setzte sich erneut für Rationalisierung und Neunstundentag ein und verwies darauf, dass der von ihm geführte Koor-Konzern den Anfang mit Reformen auf diesem Gebiete gemacht hat.

WIRTSCHAFTS-PLANUNG

Es gibt bei uns viel zu wenig Planung. Kreise der Regierung lachen, wenn man über Planung spricht und verweisen auf die negativen Ergebnisse der Vergangenheit. „Aber können wir heute ohne Planung leben und müssen wir nicht eine Liste der Prioritäten aufstellen?" — fragte der Redner. Nach seiner Auffassung muss z.B. die Baubewegung auf 70% des Vorkriegsstandes gedrosselt werden.

Die heute vorhandenen 80% aller Arbeitskräfte müssen und können 100% der Produktion bestreiten, und in ganz anderem Masse als bisher müssen Frauen zur Arbeit herangezogen werden. Rationalisierung und Sparen sollten überall oberstes Gesetz sein.

Nicht jeder Weg eines Betriebschefs von Haifa nach Tel-Aviv muss im Auto zurückgelegt werden, die hohen Herren können die öffentlichen Vrkehrsmittel benutzen. In vielen anderen Ländern hat die Autobenutzung auf langen Strecken nicht den Umfang wie bei uns angenommen.

Fast beschwörend wandte sich Amit am Ende seiner Ausführungen an seine Zuhörer: Wir brauchen Orientierung auf uns selbst, wir sollen der inneren Zerstörung ein Ende machen. An die Stelle von Druck und Gewinnstreben müssen Verzicht auf Egoismus und Toleranz treten. Wir sollten endlich aufhören, immer auf die Brust des anderen zu klopfen, sondern alle — von der Führung angefangen, müssen ein eigenes Beispiel geben.

Meir Amit ist selbst ein Mann des Establishment, der an der Spitze eines grossen Konzerns steht. Es handelt sich um keinen politischen Aussenseiter, um keinen „Neurevolutionär", Gerade diese Tatsache verleiht seinen Erkenntnissen besonderes Gewicht. „Wenn ein solcher Mann so radikale Forderungen stellt, dann wissen wir, wohin wir gekommen sind" — meinte nach dem Vortrag nachdenklich einer der Zuhörer, und alle gingen im Bewusstsein nach Hause, dass ihr Handels- und Industrieklub einen grossen Tag gehabt hatte.

Unnoetige Praepotenz militaerischer Stellen

— Auch Maengel der Armee sollten klarer bemerkt werden

Der junge Offizier im Büro der Haga ist nicht älter als 27 Jahre. Er macht den Eindruck eines netten, sympathischen Jungen, der sich redlich darum bemüht, bei den älteren Herren, mit denen er es zu tun hat, so nett wie nur möglich zu sein, aber zugleich die Distanz zu zeigen, die er, als Offizier, nun einmal betonen muss. Er sieht sich unzähligen Problemen gegenüber, die seine Zöglinge vom Verein jener, die bis zu ihrem 54 Lebensjahr als Luftschutzdienst und Bewacher bestimmter Punkte im Lande dienen, vorbringen. Die meisten dieser Prooblerne erscheinen ihm lachhaft, er versteht sie nicht — wie könnte er auch? Manchmal dann kommt jemand mit einigen Argumenten, die er dagegen vorbringt, gerade zu diesem Zeitpunkt den Dienst anzutreten. Argumenten, die eigentlich recht einleuchtend erscheinen. Aber wer ist schon so ein junger Offizier, um das entscheiden zu können? Also schiebt er die Entscheidung höheren Stellen, den üblichen Kommissionen, seinen Vorgesetzten auch, zu. Inzwischen wird es dann zu spät, und jemand wurde, da der diensthabende Offizier in dieser Haga-Einheit einfach fehl am Platze ist, in seinem Beruf, in seiner Arbeit gestört hunderten von Menschen wurde Schaden zugefügt.

Das gilt natürlich nicht nur für diese Haga-Einheit. Der Offizier, welcher, an welcher Stelle unserer militärischen Hierarchie auch immer, zur Zeit die Mitteilung erhält, er möge den X oder den Y entlassen, ärgert sich darüber. Warum der und nicht ein anderer? Vom rein menschlichen Standpunkt, vor allem eines Frontoffiziers — u. dabei gibt es ja viele von diesen — hat er nicht unrecht. Er berechnet jedoch nicht, welchen Schaden er damit anrichtet, dass er nun bewusste Obstruktion betreibt und die Dienstentlassung des Betreffenden herausschiebt. Ganze Industrien wurden dadurch in ihrer Gesamtproduktion empfindlich gestört, der Ausfuhr nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt. Sicherlich, die Frage der Sicherheit steht an erster Stelle. Aber die Sicherheit des Landes hing keineswegs von den wenigen tausend Mann ab, die von vielen Stellen her reklamiert wurden, da sie bei ihrer Tätigkeit Schlüsselstellungen einnehmen, und ohne sie der Ablauf der Arbeit unmöglich wird. Hier hat die Sturheit so mancher Kommandanten dem Lande weit grösseren Schaden angerichtet, als man sich zur Zeit vorzustellen wagt.

Diese völlig verfehlte Politik, die durch die noch immer abzulehnende Ueberbetonung militärischer Momente, und die abwegige Scheu, zu dieser Frage klare Worte zu sprechen, hervorgerufen wird, hat sich überhaupt in sehr eindeutiger Weise in allem niedergeschlagen, was mit der Grundpolitik der Militärveröffentlichungen zu tun hat. Während des Jom Kippur-Krieges ebenso wie danach, und bis zum heutigen Tage, ist wohl noch niemals in unserem Lande eine primitivere, eine beschränktere Informationspolitik betrieben worden, als in den letzten drei Monaten. Was wir sagten, das sagten wir schlecht. Und was wir verschwiegen, das war allgemein bekannt — oder es handelte sich um dumme, ganz abwegige Gerüchte, die durch unser beharrliches Schweigen dann nur noch unnötigen Auftrieb erhielten. Zu oft wurden israelische Journalisten ebenso wie Auslandskorrespondenten in einer Weise für dumm verkauft, dass man, als israelischer Patriot, nur weinen kann — ob des ungeheueren Schadens, den diese völlig verfehlte Informations — oder Verschweigenspolitik uns und unserer Sache zugefügt hat.

★

Wenn wir nunmehr daran gehen, nicht nur eine neue Regierung zu bilden, sondern auch einen ganz neuen Weg zu finden, der das Volk und den Staat Israel in eine Zukunft führen soll, in welcher es weniger an Krieg, an Kampf, an Verlusten und an schwerem Alltag gibt, so sollten wir auch dafür sorgen, dass das oftmals durchaus unerträgliche Mass an Präpotenz, das man in militärischen Stellen findet, aufhört. Mängel, die wir in unserer Armee finden, grenzenlose Ueberheblichkeit, die seitens so mancher Offiziere, die für reife und vernünftige Männer verantwortlich sind, während ihnen selber diese Reife und Vernunft gänzlich abgeht, vorhanden ist — das alles soll viel schärfer herausgearbeitet werden, damit es zu zufriedenstellenden Regelungen kommen kann, die Fehlentscheidungen auf Grund des Ranges ausschliessen. Natürlich wissen wir alle, dass es eine Mehrheit von Kommandanten gibt, die all diese Krankheiten nicht haben — aber wir wissen auch, dass ein einziger, der negativ wirkt, das positive Wirken von hunderten stört.

So manchem mag, sagt man dies alles klar und deutlich, dies als Sakrileg erscheinen. Das allein ist bereits mehr als bedenklich. Wenn man soweit gelangt ist, bestimmte Dinge nicht mehr auszusprechen, da sie ein Tabu darstellen, ist etwas faul, sehr faul sogar. Eben aus diesem Grunde ist es unbedingt nötig, dass wir auch in eben diesen Aspekten auf die Erde zurückkehren, zu den richtigen Proportionen. Das kann für uns, für unsere Demokratie, aber auch für die Gestaltung unseres Alltagslebens nur von allergrösstem Vorteil sein, eine Garantie dafür, dass wir in sehr absehbarer Zeit zu dem Dasein zurückfinden können, das man als ganz normales Leben bezeichnet.

M. BIEL

Aegyptische Hasspamphlete sollten die Wahlen in Israel beeinflussen

benteurer-Generäle, Frau a Meir als Fledermaus, Me- em Begin als Hakenkreuz — sind einige der „Glanzlich- der arabischen Propaganda, — als Einmischung in die is- chen Wahlen gedacht war, ürfte wohl einzig dastehen. sich ein Land praktisch mit- n Krieg in den Wahlkampf „Feindeslandes" aktiv einzu- en sucht.

Aegypter versuchten ihren iligen Zweck" zu fördern. i sie Broschüren, Flugzettel uch das gesprochene Wort er Lautsprecher am Suez-kanal, wie im Rundfunk — einsetzten.

In einer Propaganda-Broschüre, die ein ägyptischer Offizier einem israelischen Offizier überreichte, waren besondere Abschnitte den einzelnen Parteien in Israel gewidmet. Besonders schlecht kam der „Likud" weg, dessen Parteichef, Menachem Begin, in Form eines „brennenden Hakenkreuzes" auf der Landkarte grosse Gebiete „besetzt" hält. Dieser Partei wird die Aufstellung der Generäle und „Abenteurer" Scharon, Weizmann und Schlomo Lahat vorgeworfen.

Doch auch die bisherige Haupt-Regierungspartei kommt nicht viel besser weg. Die Aegypter wollten die israelischen Wähler an alle möglichen und unmöglichen Fehler des Finanzministers und anderer Minister „erinnern", bevor der israelische Bürger „in wenigen schicksalsschweren Minuten über das Schicksal seines Landes entscheidet."

Die um unser Wohl so besorgten Aegypter erinnerten den Israeli sogar an die Affairen von „Netiwej Neft" und „Autocars" und an die Tatsache, dass das Finanzministerium „Devisen auf dem schwarzen Markt verkaufte." Allerdings vergass der ägyptische Propaganda-Dienst hierbei zu erwähnen, dass damit der Kurs des Israelpfundes gestützt werden sollte. Es handelt sich dabei um ein Manöver, das auch in anderen Ländern nicht unüblich ist. Durch die Ueberschwemmung der Lilienblumstrasse mit Dollars wurde nämlich ein Ansteigen des „grauen" Dollarkurses seinerzeit verhindert.

Die Aegypter warnten den Israeli vor der „aggressiven Politik" der grossen Parteien und empfahlen ihm dringend, d. kleinen **Linksparteien** zu wählen, die bekanntlich meist für bedingungslose Gebietsverzichte eintraten. Bekanntlich hat aber diese ägyptische Propaganda-Aktion nichts gefruchtet, und der israelische Wähler gab im Bewusstsein seiner Verantwortung seine Stimme hauptsächlich gerade den grösseren Parteien.

a.s.

[Ar]afat: Palaestinenser werden [der G]enfer Konferenz beiwohnen

[Ja]sir Arafat äusserte sich in [einem] französischen Blatt zu [Problemen] des Nahen Ostens und [de]r Genfer Konferenz. Er [sagte,] es komme nicht in Frage, [dass J]ordanien das Westufer des [Jordan]s übernehmen werde, da [diese] Gebiete den Palästinensern gehören: „Wenn in Genf [über d]as Schicksal dieser Gebiete [ver]handelt wird, werde ich [...]un, damit die Palästinenser [an] den Gesprächen teilnehmen. Falls Israel die Gebiete [räumt], wird dafür gesorgt werden, [da]ss sie von den richtigen [Leuten] übernommen werden."

Palästinenser werden es [nicht] zulassen, dass Hussein a[n] diesen Verhandlungen [teilni]mt. In dieser Hinsicht werden die Palästinenser von Moskau unterstützt.

Beobachter erklären, die Palästinenser bereiten sich für die Teilnahme an der Genfer Konferenz vor. Obwohl gegensätzliche Erklärungen der Palästinenser täglich veröffentlicht werden, dürfte deren Teilnahme in einer zweiten Phase der Verhandlungen sicher sein. A-Saika macht die Teilnahme von einer Teilnahme Syriens abhängig. Nächsten Monat werden die Palästinenser zu einer Konferenz über das Genfer Thema zusammentreten. Allerdings fordern die Verbände die Gründung einer „Demokratischen Palästina-Republik".

ERNSTE MEINUNGS-VERSCHIEDENHEITEN IN DAMASKUS

Über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der syrischen Regierung bezüglich einer Teilnahme an der Genfer Friedenskonferenz wird aus Damaskus berichtet.

Die Sowjetunion und Aegypten üben auf die syrische Regierung Druck aus

THIEU: VIETNAM-KRIEG DAUERT AN

Der südvietnamesische Staatspräsident, Ngoyen von Thieu, rief am Freitag seine Truppen zum fortgesetzten Kampf gegen den Vietcong auf, weil „der Krieg erneuert wurde". Die Kommunisten dürfen in ihren Gebieten nicht sicher sein, während sie von dort aus ihre Angriffe gegen Südvietnam fortsetzen, sagle Thieu.

Koalitionsverhandlungen in den Staedten

Im Hotel Scheraton fanden gestern städtische Koalitionsverhandlungen unter dem Vorsitz des designierten Likud-Bürgermeisters Schlomo Lahat statt. Den Verhandlungen wohnten die Vertreter der Unabhängigen Liberalen, sowie der RNP und der Thora-Front bei.

Lahat und die Unabhängigen Liberalen unternahmen Anstrengungen, um die Religiösen zum Koalitionsbeitritt zu bewegen. Einige Probleme mussten gelöst werden. Zur Debatte stand in erster Hinsicht die Frage kultureller Veranstaltungen am Schabbat. Der Likud und die UL treten für kulturelle Aktivität in den südlichen Bezirken der Stadt ein, wo die Jugend genau so wie die Jugend der Nordbezirke an Freitagabenden ihre Abende haben soll. Die bisherigen Veranstaltungen fanden zumeist in den Bat Dor-Sälen und im Bet Sokolow statt. Die Religiösen haben gegen Kulturabende an Freitagen nichts einzuwenden, wünschen jedoch, dass keine Musik gespielt wird, die die Schabbat-Ruhe verletzen könnte. Man sollte nur Vorträge halten. Rechtsanwalt **Basok**, RNP-Vertreter in der Tel-Aviver Stadtverwaltung sagte gestern abend, er glaubte, die Meinungsverschiedenheiten werden sich überbrücken lassen

ASCHKELON

Der Likud und die RNP haben eine städtische Koalition in Aschkelon gebildet. Bürgermeister Abraham Belsberg verbleibt weiterhin im Amt. Der neue Stadtrat besteht aus 15 Stadtverordneten, in dem die acht Vertreter des Likud und der Religiösnationalen über die Majorität verfügen. Der Maarach verbleibt in der Opposition.

Die Religiösnationalen werden zwei amtierende Bürgermeister stellen: Baruch Abi-Chazira und Efraim Post. Jehuda Revivi (Likud) ist ebenfalls zum amtierenden Bürgermeister ernannt worden. Der vierte amtierende Bürgermeister, den der Likud stellt, wird ohne Gehalt amtieren. Die frühere Koalition bleibt bei verändertem Kräfteverhältnis aufrechterhalten.

Der Likud verlor drei Mandate und verfügt über vier Sitze im Stadtrat. Die RNP konnte anstatt bisher zwei im neuen Stadtrat, vier Sitze durchsetzen. Der Maarach erhielt ein zusätzliches Mandat und hat fünf Stadtverordnete. Es ist dies die dritte Kadenz, in der der Maarach in Opposition ist. Das 15. Mandat verbleibt in Händen der lokalen Liste "Lemaan Aschkelon".

MENACHEM BEGIN: SIEG DES LIKUD

Likud-Führer Menachem Begin erklärte gestern nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse in der Armee, der Likud habe einen zahlenmässigen und moralischen Wahlsieg errungen. Der Erfolg sei auch in politischer Hinsicht zu werten. Ein Grossteil der Nation habe sich gegen die Teilung von Erez Israel ausgesprochen. Der Maarach sei nicht zur Neuteilung ermächtigt worden. Die Armeestimmen hätten sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen.

Begin gab bekannt, der Likud werde eine aktive oppositionelle Rolle übernehmen. Besonders aktiv werde der Likud auf aussenpolitischem Gebiet und bei Informations- und Propaganda-Aktionen im Ausland sein.

STAATSPRAESIDENT VON LIBERIA SENDET BOTSCHAFT AN GOLDA MEIR

Jerusalem (HM) — Ministerpräsidentin Golda Meir hat eine Botschaft vom Staatspräsidenten von Liberia W. R. Tolbert.jr erhalten, in der dieser sein tiefes Bedauern über das Ableben David Ben Gurions zum Ausdruck bringt.

Liberia brach bekanntlich während des Jom Kippur-Krieges seine diplomatischen Beziehungen zu Israel ab.

In der Botschaft Tolberts heisst es unter anderem, David Ben-Gurion habe zu den ehrenhaftesten, talentiertesten und dynamischesten Führern unter den Völkern gezählt.

Der Präsident von Liberia sagt Frau Meir und dem israelischen Volke namens seiner Regierung und des liberischen Volkes das tiefste Bedauern aus. Er erwähnte in seinem Schreiben „diese Tage der Spannung, des Missverständnisses u. Konfliktes" und gab der Hoffnung auf einen „ewigen Frieden Ausdruck"

ALLISON THOMSON IN FREIHEIT

Die unter Verdacht, mit Terroristen in Verbindung zu stehen, vergangene Woche festgenommene junge Amerikanerin Allison Thomson, in deren Koffer am Flugplatz von London zahlreiche automatische Waffen entdeckt worden waren, ist auf freien Fuss gesetzt worden. Dagegen bleiben ein Marokkaner und ein Aegypter, die mit der Amerikanerin verhaftet worden waren, in Polizeigewahrsam. Gegen sie soll ein Verfahren wegen unbefugten Waffenbesitzes eröffnet werden.

KUERZE

Unbekannte brachen in Caracas, Venezuela in die libanesische Botschaft ein, **nahmen jedoch nichts mit sich.**



Probleme der Fremdarbeiter in den Niederlanden

Von HERMANN BLEICH (Den Haag)

In den Niederlanden sind insgesamt rund 120.000 auslaendische Arbeitnehmer auf legaler Basis beschäftigt, deren Anteil der totalen berufstaetigen Bevölkerung 3,6 Prozent betraegt. Diese Zahl ist im Vergleich zu anderen westeuropaeischen Laendern gering, aber dennoch — oder vielleicht gerade deswegen — haben die niederlaendischen *Behörden bisher eine klare* Konzeption für die Behandlung der Fremdarbeiterfrage vermissen lassen.

Die Probleme sind allein schon aufgrund der Tatsache kompliziert, dass man es mit einer grossen Verschiedenheit von Nationalitaeten zu tun hat. In den Niederlanden arbeiten Türken, Italiener, Spanier, Marokkaner, Portugiesen, Griechen, Jugoslawen u. Tunesier. Ausser den legalen Gastarbeitern haben schaetzungsweise 15.000 illegale Fremdarbeiter in diesem Lande Unterschlupf gefunden.

Die auslaendischen Arbeitskraefte sind unentbehrlich. Ohne sie würden bedeutende Sektoren der *niederlaendischen Wirtschaft* wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Die Gastarbeiter haben *eine gewisse Schlüsselposition* auf dem Arbeitsmarkt inne, weil die meisten von ihnen die notwendige „*Schwarzarbeit*" *leisten*, für die keine Niederlaender mehr zu finden sind — und schon gar *nicht gegen eine gleichartige* Entlöhnung.

Allerdings sind Massnahmen erforderlich, um den Zustrom der auslaendischen *Arbeitskraefte zu* regulieren und ihre soziale Position in Übereinstimmung mit den *gültigen Normen des Gastlandes* zu bringen. In mancher Beziehung gehen die Auffassungen auseinander. Es *gibt* Kreise in den Niederlanden, die den Standpunkt vertreten, um wirtschaftlich mit der übrigen Welt konkurrieren zu können, müsste der Anteil der auslaendischen Arbeitskraefte an der *gesamten* Arbeitsnehmerschft von 3,6 Prozent auf ungefaehr 7 Prozent erhöht werden. Von anderer Seite *wird* dagegen in Anbetracht der Probleme, die sich auf verschiedenen Gebieten stellen, eine *Zurück*draengung des Gastarbeiterstroms befürwortet.

Die auslaendischen Arbeiter in den Niederlanden leben *häufig* in primitiven Pensionen mit zu vielen Betten pro Zimmer unter schlechten *hygienischen* Verhaeltnissen, aben sie sind gezwungen hohe Mieten zu bezahlen. Die vielen illegalen Fremdarbeiter sind vollends ihren niederlaendischen Gastgebern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, denn sie besitzen natürlich über*haupt keine Rechte*. Sie zahlen allerdings keine Steuern aber sie müssen sich mit einem niedrigen Lohn *begnügen* u. können auch auf keinerlei gesetzliche Sozialversicherung Anspruch erheben. In *letzter Zeit sind Stimmen* laut geworden, die Behörden mögen den illegalen Gastarbeitern in den Niederlanden *einen Generalpardon* gewaehren.

In dieser allgemeinen trüben Atmosphaere war es im *vorigen* Jahr zu heftigen Ausschreitungen *in Rotterdam* gekommen, die ser Charakter eines Pogrom gegen die türkischen Gastarbeiter *angenommen hatten*. Ungefähr ein Viertel der in d. Niederlanden beschaeftigten auslaendischen Arbeiter lebt in dieser grossen Hafenstadt. Den Anlass *zu der Krisensituation bildete* das Wohnungsproblem in einem der aermlichsten Stadtviertel. Geschaeftstüchtige Leute hatten links und rechts alte billige Haenser aufgekauft, die ursprünglichen Mieter auf die Strasse gesetzt und die Wohnungen dann *gegen fette Bezahlung* mit türkischen Fremdarbeitern vollgestopft.

In der Folge richtete sich die Wut primitiver Gruppen der einheimischen Bevölkerung gegen die als Fremderkörper betrachteten Türken, die „an allem schuld" waren. *Es kam zu ernstn* Krawallen und Strassenschlachten. Die Ghettobildung der Türken hatte dazu beitragen, dass sich Gehaessigkeit gegen den fremden Lebensstil ausbreitete, der als ein Angriff auf die eigene Lebensweise empfunden wurde.

Die Erfahrungen in Rotterdam brachten deutlicher denn je ans Licht, dass man es bei der Gast*arbeiterfrage mit einem Struktur*problem zu tun hat. Die Behörden haben seither zwar Massnahmen auf verschiedenen *Gebieten* zwecks Verbesserung der Lage getroffen, doch ist man bis heute *nicht zu einer befriedigenden Lösung* auf der ganzen Linie gelangt.

Aus parlamentarischen Kreisen hört man bisweiler die Bemerkung, ein Gastarbeiter sei keine Kuh, die man gut weiden lassen müsse, um möglichst viel Milch herauszuholen. Es gehe nicht an, einen besseren Lohn für den Fremdarbeiter zu befürworten, nur um von seiner Arbeitskraft maximal profitieren zu können. Positive Diskrimierung von Gastarbeitern durch Zubilligung besonderer Vorteile sei ebenso unerwünscht wie negative Diskriminierung. Die Bedingung, dass ein ausländischer Arbeiter ist, seine Familie nachkommen lassen darf, wenn er über eine geeignete Wohnung verfügt und in der Lage ist, Frau und Kinder zu ernaehren, wird als ein Beispiel negativer Diskriminierung angeführt.

Die Politik der niederlaendischen Regierung in bezug auf das Gastarbeiterproblem wird kritisiert, weil man eine klare Linie vermisst. Schon vor geraumer Zeit war dem Parlament eine Denkschrift über dieses Problem in Aussicht gestellt worden, die *jedoch immer* noch auf sich warten lässt. Eine Verbesserung der Auffangmöglichkeiten der *Unterbringung, des Unterrichts* für Gastarbeiter wird für dringlich gehalten.

Eine besondere Schwierigkeit besteht darin, dass nicht weni*ger als sieben Ministerien bei der* Regelung d. Probleme für Gastarrbeiter beteiligt sind, das Mi*nisterium für* Soziale Angelegenheiten, das Kulturministerium, das Unterrichtsministerium, das Ministerium für den Wohnungsbau, das Wirtschaftsministerium, das Ministerium für Volksgesundheit und das Justizministerium. Die Politik der einzelnen Departemente ist nicht genügend aufeinander abgestimmt so dass man sich eher im Wege steht und *auch in diesem Falle die vielen* Köche den Brei verderben.

Auf dem Gebiete des Unterrichts *können sich ganz merk*würdige Situationen ergeben. Ein algerischer Gastrbeiter, der als *Analphabet nach den* Niederlanden kam und nach einigen Jahren mit den Ergebnissen des hier *genossenen* Unterrichts nach Hause zurückkehrt, hat lesen und schreiben gelernt — in niederlaendischer Sprache. Bücher und Zeitungen in seiner eigenen Sprache Arabisch bleiben ihm verschlossen: Analphabet im eigenen Lande — Alphabet im fernen Holland. Die auslaendischen Arbeiter, die in den Niederlanden beschaeftigt sind, haben zusammen 12.000 Kinder im schulpflichtigen Alter mitgebracht, woraus sich ebenfalls Probleme im Unterrichtssektor ergehen.

*Mittelweile ist vor einigen Mo*naten in der Stadt Utrecht der erste „Migrantenrat" von auslaen*dischen Arbeitern gewaehlt wor*den. Diese beratende Körperschaft bietet den zahlreichen *Gastarbeitern das Podium* um ihre eigenen Angelegenheiten zu erheben. In Utrecht leben rund *10.000 Gastarbeiter* so dass je einer auf zwanzig Einwohner entfaellt. Der Migrantenrat zaehlt *19 Mitglieder. Die verschiedenen* Nationalitäten sind im Verhältnis zur Anzahl der in Utrecht *wohnenden Landsleute* vertreten. Der Rat unterbreitet der Stadtverwaltung Empfehlungen und *gibt seine Standpunkte* zu den Fragen bekannt, an denen die auslaendischen Arbeiter un*mittelbar interessiert* sind. Auf diese Weise ist den Gastarbeitern in gewissem Masse demokratisches *Mitspracherecht* eingeräumt worden.

ARABISCHE FRIEDENSPLAENE ALS PROPAGANDABALLONS

Beobachter im Westen, aber auch in Jerusalem, meinten gestern, es sei klar, dass die Araber zur Zeit eine ganze Reihe von Propagandaballons lancieren, um zu sehen, wie die staunende Weltöffentlichkeit dazu steht. So gehen zur Zeit eine ganze Reihe von „Friedensplänen" die allen möglichen *Persönlichkeiten zugeschrieben werden*: Prof. Kissinger, Arie Eliaw, Präsident Sadat, libanesischen Politikern, durch die Presse der arabischen Länder. All diese *Pläne haben eines gemeinsam: sie sehen den totalen* israelischen Rückzug aus allen Gebieten, die im Juni 1967 besetzt wurden, vor. Sie sprechen in keiner Weise von irgendeiner *arabischen Gegenleistung, es kommt garnicht* dazu, solches auch nur zu erwähnen. In Jerusalem warnten im allgemeinen gut informierte Kreise davor, diese ara*bischen Manöver, nach Genf*, New York, *aber auch* Washington und Moskau gerichtet, allzu ernst zu nehmen.

KNESSET TRITT AM 29. JANUAR ZUSAMMEN

Zum ersten Mal dürfte die Knesset am 28. Januar zusammentreten, doch könnte es sein, dass die Knessetsitzung um eine Woche auf den 21 Januar *vorverlegt wird*. Auf *Grund des* Grundgesetzes der Knesset tritt das Haus zu seiner ersten Sitzung am Montag der zweiten Woche nach offizieller Verlautbarung der Wahlergebnisse um vier Uhr nachmittag zusammen.

Die Knessetsitzung soll durch Frau Golda Meir als „Alters*präsidentin*" eröffnet werden nachdem ihr Staatspräsident Efraim Katzir das Wort erteile wird. An diesem denkwürdigen Tag der Eröffnung der 8. Knesset wird Frau Golda Meir — ebenfalls gemäss dem Grundgesetz nach — als „*Ministerpräsidentin* der Uebergangsregierung" — bis zur Bildung des neuen Kapinetts amtieren.

Staatspräsident Katzir wird *wahrscheinlich* Frau Golda Meir als Vertreterin der grössten Partei mit der Regierungsbildung betrauen, die binnen 21 Tagen vorgenommen werden muss. Diese Frist kann von dem Staatspräsidenten um weitere 21 Tage verlängert werden.

●

ANDRE MALRAUX wurde vom „Indischen Rat fuer kulturelle Beziehungen" mit dem *Nehru-Preis fuer internationale* Verstaendigung ausgezeichnet. Der Preis ist mit einem Scheck von 23 400 Dollar verbunden.

Frederick Forsyth

Die Akte ODESSA

Roman

d. Piper & Co. Verlag • München

„Hör mal, ich habe dir das Tagebuch gegeben, um dir einen Gefallen zu tun. Ganz unter uns, sozusagen. Weil es mir einen Schock versetzt hat und weil ich dachte, da könnte eine Story für dich drin sein. Aber ich waere nie auf die Idee geekommen, dass du versuchen könntest, Roschmann aufzuspüren. Warum kannst du nicht einfach eine Story daraus *machen, wie du auf das Tagebuch* „*gestossen* bist?"

„Weil sich daraus keine machen laesst", sagte Miller. „Da fehlt ganz einfach der Aufhaenger. Seht doch was ich da gefunden habe — ein Tagebuch, das aus losen Blaettern besteht, auf denen ein alter Mann, widerfahren ist." Glaubst du vielleicht, das kauft mir seinem Leben Schluss zu machen, ausführlich beschreibt, was *ihm im letzten Krieg an Schrecklichem* widerfahren ist.' Glaubst du vielleicht, das kauft mir irgendeine Illustrierte ab? Ich hatte es für ein grauenerregendes, ein erschütterndes Dokument, aber das ist bloss *meine persönliche Meinung*. Es sind Hunderte von Tagebüchern aus der Kriegszeit erschienen. Die Leute wollen so etwas nicht mehr lesen. Mit dem Tagebuch allein ist bei keiner *Illustrierten* was zu machen."

„Was willst du also damit anfangen?" fragte Brandt.

„Ganz einfach. Dafür sorgen, dass auf Grund der in dem Tagebuch erhobenen Anklagen eine grossangelegte Fahndung nach Roschmann in Gang kommt. Dann habe ich meine Geschichte."

Brandt klopfte seine Zigarettenasche im Aschenbecher am *Armaturenbrett* ab.

„Es wird keine grossangelegte Fahndung geben", sagte er dann. „Hör mal, Peter, vom Journalismus magst du einiges verstehen, aber was bei der Hamburger Polizei *laeuft und was nicht*, das weiss ich doch wohl besser. Unser Job ist es, Verbrechen zu bekaempfen, die jetzt, im Jahre 1963, in Hamburg begangen werden. Kein vernünftiger Mensch wird ohnehin schon überforderte Kriminalbeamte von dieser Aufgabe abziehen, damit sie nach einem Mann fahnden, dessen Verbrechen zwanzig Jahre zurückliegen und in Riga verübt worden sind. Das ist einfach nicht drin."

„Aber könntest du die Sache nicht wenigstens zur Sprache bringen?" fragte Miller.

Brandt schüttelte den Kopf. „Nein. Ich nicht."

„Warum denn nicht? Was ist denn los?"

„Weil ich mich auf so etwas nicht einlassen will. Bei dir ist das etwas anderes. Du bist alleinstehend und unabhaengig. Du kannst irgendwelchen Schimaeren nachjagen, wenn du unbedingt willst, aber ich nicht. Ich habe Frau und Kinder, und ich denke gar nicht daran, womöglich meine Laufbahn aufs Spiel zu setzen."

„Warum sollte deine Polizistenlaufbahn dadurch gefaehrdet werden? Roschmann ist doch ein Verbrecher, oder etwa nicht? Die Kriminalpolizei ist doch da, Verbrecher zu jagen. Wo ist also das Problem?"

Brandt drückte seine Zigarette aus.

„Das kann ich dir nicht in drei Worten erklaeren. Es *gibt bei der Polizei eine* Art stillschweigender — na ja, Uebereinkunft waere zuviel gesagt. Es ist eher so eine generelle Einstellung, nichts Konkretes, eigentlich nur so ein Gefühl. Und dieses Gefühl besagt eben, dass es der Karriere eines jungen Polizeibeamten nicht förderlich sein kann, wenn er für die Kriegsverbrechen der SS ein allzu eifriges krimi*nalistisches Interesse* an den Tag legt. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass sowieso nichts dabei herauskommt. Der Antrag würde in jedem Fall abschlaegig beschieden werden. Aber die Tatsache, dass er gestellt wurde, wird aktenkundig gemacht. Und damit hast du jede Aussicht auf Beförderung verloren. Niemand spricht davon, aber jeder weiss es. *Wenn du also eine* grosse Sache daraus machen willst, zaehle bitte nicht auf mich."

Miller sass reglos da und starrte durch die Windschutzscheibe.

„Also gut", sagte er schliesslich. „Wenn das so ist . . . Aber irgendwo muss ich schliesslich anfangen. *Hat* Tauber sonst noch etwas hinterlassen, als er starb?"

„Nur ein paar kurze Zeilen. Ich musste sie sicherstellen und meinem Bericht über den Selbstmordfall beilegen. Inzwischen werden sie bei den Akten liegen, und der Fall ist abgeschlossen."

„Was hat er denn geschrieben?" fragte Miller.

„Nicht viel", sagte Brandt. „Er schrieb nur, dass er Selbstmord begehen wolle. Und — ja, da war etwas. Er schrieb, dass er seine persönlichen sachen *einem Freund* vermachen wollte, einem wissen Herrn Marx."

„Na, das ist doch wenigstens etwas. Wo [illegible] ich diesen Marx?"

„Woher, zum Teufel, soll ich das wissen?" Brandt aus.

„Soll das heissen, dass das alles war, was e geschrieben hat? Nur den Namen, keine Adres

„Nichts", sagte Brandt. „Nur den Namen. F lei Hinweis, wo er wohnt."

„Na, irgendwo dort in der Gegend muss wohl *aufzufinden* sein. Hast du nicht nach ih chen lassen?"

Brandt seufzte.

„Wenn das doch nur endlich einmal in Kopf *hineinginge*! Wir von der Hamburger haben wirklich alle Haende voll zu tun. Wei wieviel Leute es in Hamburg gibt, die Marx h Allein im Telefonbuch sind es eine Meng können *nicht unsere Zeit damit* verbringen diesem einen Marx zu suchen. Was der alte hinterlassen hat, war ohnehin keinen Pfennig

„Das war also wirklich alles?" fragte „Sonst gar nichts?"

„Kein Stück. Wenn du Marx suchen willst Glück!"

„Danke. Das werde ich tun", erklaerte Mil beiden Maenner trennten sich, und Miller seine Wohnung zurück, wo Sigi mit dem Sc essen auf ihn wartete.

Am folgenden Morgen fuhr Miller zu der in dem Tauber gewohnt hatte. Die Tür wu einem Mann geöffnet. Er trug eine fleckige F Bindfaden als Gürtel, ein kragenloses, offenes und am Kinn stand ihm ein Dreitagebart.

„Morgen. Sind Sie der Hausmeister?"

Der Mann blickte Miller von oben bis u und nickte. Er roch nach Kohl

„Vor ein paar Tagen hat sich hier ein alt mit Gas umgebracht", sagte Miller.

„Sind Sie von der Polizei?"

„Nein. Von der Presse." Miller wies seinen ausweis vor.

„Ich habe nichts dazu zu sagen."

Miller drückte ihm ohne allzu grosse Schw ten einen Zehnmarkschein in die Hand.

„Ich will nur einen Blick in sein Zimmer

„Es ist schon wieder vermietet."

„Was haben Sie mit seinen Sachen gemach

„Die liegen hinten im Hof. Wo haette ich hinschaffen sollen?"

In einer Ecke war Taubers Hinterlassensc los aufeinandergeschichtet worden: [illegible] gen fiel darauf. Eine uralte Schreibmasc abgetretene Paar Schuhe, diverse Kleidu ein Stapel Bücher und ein zerschlissenes w nes Halstuch, von dem Miller vermutete irgend etwas mit Taubers jüdischer Religio haben müsse. Er sah sich die Siebensachen ein Notizbuch mit Adressen oder sonst irge woraus man die Anschrift eines Herrn M entnehmen können, war nicht dabei

„Ist das alles?" fragte Miller.

„*Das ist alles*", entgegnete der Mann. Er von der Hinterhoftür her *misstrauisch* im halten.

„Haben Sie einen Mieter, der Marx hei

„Nein."

„*Kennen* Sie jemanden namens *Marx*?"

„Nein."

„Hatte der alte Tauber irgendwelche Fr

„Nicht, dass ich wüsste. Hat ziemlich z gen gelebt. War eigentlich immer [illegible] will ich mal sagen. Kam und ging, wie es il [illegible] da oben so für sich [illegible] Tassen im Schrank, wenn Sie mich fragen Miete hat er immer pünktlich gezahlt. G gendwelchen Aerger deswegen."

„Haben Sie ihn mal mit irgend andern men gesehen? Auf der Strasse, meine ich?

„Nein, nie. Hatte wohl keine Freunde der, wo er doch dauernd so vor sich hi Wie gesagt, hat 'ne Meise gehabt, der."

Miller ging, um sich in der Nachbarscha ren. Wie sich herausstellte, erinnerten sie sten Leute an den alten Mann. Sie hatten lich auf der aStrasse gesehen, mit gesenl darauf eine Wollmütze, die Haende in W hen, aus denen die Fingerspitzen [illegible]

Drei Tage lang durchforschte Miller [illegible] in der Tauber gelebt hatte: er fragte im im Gemüsegeschaeft, im Fleischerladen, i kneipe und im Tabakgeschaeft nach, [illegible] Brieftraeger und den Milchmann ab. [illegible] wochnachmittag, als er mit den [illegible] Gespraech kam, die vor der Mauer des [illegible] Fussball spielten.

„Was, den Mann, den mein Alter de ten Itzig nennt?" entgegnete der Anführer pe auf Millers Frage. Die anderen Jung sich um ihn.

„Ja, der", sagte Miller. „Der verrückte

(Fortsetzung folgt)

Spiegel der Weltpresse

JEDENFALLS SCHWAECHER

Nichts Gutes sieht die „New York Times" als Ergebnis der Wahlen in Israel voraus:

„Es spielt aber auch eine wachsende Verstimmung über die wahrnehmbare Ziellosigkeit der Führung Frau Meirs sowohl in der Innen- als auch in der Aussenpolitik mit. Einigen war ihre Regierung zu unbeweglich, anderen zu anfällig für ausländische Einflüsse... Von jeder neuen Regierung aber muss erwartet werden, dass sie weit schwächer und in sich zerstrittener sein wird als die herrschende Gruppe, die Israel in den letzten drei Jahren kennengelernt hat. Es ist wahrscheinlich, dass jede in Genf ausgehandelte Lösung noch vor Ende 1974 dem israelischen Stimmvolk in einer neuen Parlamentswahl vorgelegt werden muss."

GADDAFIS BEITRAG

Der konservative „Sunday Telegraph" schreibt zu den Genfer Verhandlungen über den Mittleren Osten:

„Aegyptens Drohung, den Kampf am Suezkanal wiederaufzunehmen, mag bedauerlich sein, ist aber verständlich als Methode, Druck auf die Genfer Gespräche über ein Auseinanderrücken der Streitkräfte auszuüben. Auf der anderen Seite ist der Aufruf des fanatischen libyschen Führers Oberst Gaddafi, in jedem arabischen Land, das einseitig Frieden mit Israel plant — und das gilt für Aegypten —, zu revoltieren, eine verbrecherische Unverantwortlichkeit, gepaart mit einer schallenden Ohrfeige. Gaddafi hat während des jüngsten arabischen Krieges gegen Israel kaum einen Finger gehoben. Da er keinen Beitrag geleistet hat, sollte er — grob gesagt — jetzt das Maul halten."

VIELE DUTSCHKES

Wegen der Verweigerung des Asyls für Flüchtlinge aus Chile greift in London der „Observer" die Regierung an:

„Nach dem Aussenministerium mit seiner unter Europäern einmaligen Weigerung, Flüchtlinge in der britischen Botschaft in Santiago aufzunehmen, ist unser auf Unparteilichkeit und Mitgefühl begründeter Ruf durch das Innenministerium in Gefahr gebracht worden. Die sieben jungen Chilenen — fünf Studenten u. 2 Frauen —, die um politisches Asyl nachgesucht hatten, haben am Samstag erfahren, dass ihr Antrag abgelehnt wurde. Es hat eine Reihe heimlicher Versuche der Deportation und Haussuchungen bei jenen gegeben, die für chilenische Studenten Hilfe organisieren. Man denkt an die Dutschke-Affäre erinnert, bei der ein kranker Mann aus Grossbritannien ausgewiesen wurde, um die krankhaften Befürchtungen des rechten Flügels der Konservativen Partei zu beschwichtigen... Jetzt scheinen wir eine Vielzahl von Dutschke-Affären zu gewärtigen zu haben, denn sieben dürften nicht die letzten gewesen sein, die hier Zuflucht gesucht haben."

SCHON BALD NEUWAHLEN?

Zum Ausgang der israelischen Wahlen bemerkt die Pariser Abendzeitung „France-Soir":

„Die traditionelle Stabilität der israelischen Wählerschaft überstand den besonders harten Schock des Jom-Kippur-Krieges. Die relative Stabilität der Wählerschaft konnte nichtsdestoweniger zu einer Unstabilität bei der Regierung und auf mehr oder weniger lange Sicht zu Neuwahlen führen. Die Bildung einer neuen Regierung, die bei den in diesem Jahr in Genf weitergehenden schwierigen Verhandlungen eine klare und geschmeidige Politik verfolgt, wird sehr schwierig sein."

SPANISCHE DISKREPANZEN

Die Ernennung von Innenminister Arias zum neuen spanischen Ministerpräsidenten findet die Londoner „Financial Times" nicht überraschend:

„Die Wahl von Herrn Arias mit dem Ruf des harten Mannes und dem Sicherheitsdenken legt die Ansicht nahe, dass Franco in einer charakteristischen Reaktion weiterhin entschlossen ist, die Schwierigkeiten frontal anzugehen, anstatt einen subtileren Versuch zu wagen. Nach 30 Jahren strenger Regierung wäre es überraschend gewesen, wenn er anders gehandelt hätte. Aber die Diskrepanz zwischen dem spanischen Wunsch nach Anschluss an die westliche demokratische Welt und der Art, in der es seine inneren Angelegenheiten regelt, wird immer deutlicher."

UEBERGANG GESICHERT

Zum gleichen Thema meinen die „Salzburger Nachrichten":

„Möglicherweise spielte der Zufall Regie, um den Spaniern dieses Wochenende möglichst lange in Erinnerung zu erhalten: Zehn illegale spanische Gewerkschaftler erhielten drakonische Freiheitsstrafen, und Franco ernannte seinen Innenminister Arias zum Nachfolger des ermordeten Ministerpräsidenten Carrero. Der Mann, der acht Jahre lang den spanischen Sicherheitsdienst geleitet und die Polizei des Systems erneuert hatte ist dazu ausersehen, Ordnung und Recht im Sinne Francos zu erhalten. Wäre er dazu nicht befähigt, dann hätte ihm Franco auch nicht die zentrale Schaltstelle eines jeden totalitären und autoritären Regimes anvertraut: das Innenministerium, dem die gesamte Polizei und der politische Sicherheitsdienst unterstehen. Also wäre der Uebergang vom autoritären Regime Francos zu einer autoritären Monarchie gesichert. Vor allem gegen liberale und demokratische Anfechtungen, wie die zehn Urteile von Madrid nachdrücklich beweisen."

GEFAEHRLICHES POKERSPIEL

Im wirtschaftspolitischen Jahresrückblick der „Neuen Zürcher Zeitung" lesen wir:

„Die Frage scheint durchaus berechtigt, ob die westliche Welt nunmehr nicht an einem Wendepunkt in der Nachkriegsentwicklung angekommen ist. Eine gültge Antwort ist freilich nicht zu formulieren, weil jede Prognosetechnik vor der Macht der Unbekannten kapitulieren muss. Die Erdölpreise sind zu politischen Grössen geworden, die freilich... nicht unlimitiert erhöht werden können, trotzdem jedoch die Wirtschaften der freien Industrieländer — und auch diejenigen der sozialistischen Staaten sowie der Entwicklungsländer — in einer fatalen Weise in Mitleidenschaft ziehen können. Die Tiefe ihrer Spuren ist eine Funktion der externen Erdölabhängigkeit der einzelnen Länder und der in der weltwirtschaftlichen Interdependenz enthaltenen Uebertragungsmechanismen. Deshalb ist es höchst wahrscheinlich, dass auch ohne eigentliche Retorsionsmassnahmen der betroffenen Staaten die Welle wieder in jene Länder zurückgeworfen werden wird, von der sie ausgegangen ist. Ihre Abhängigkeiten vom Westen sind ebenfalls nicht gering. Die arabischen Staaten betreiben ein gefährliches preispolitisches Pokerspiel."

Kohoutek - Komet wird sichtbar

Der Kohuotek-Komet — so benannt nach seinem Entdecker, dem im Westen lebenden und wirkenden Astronomen Kohoutek — war gestern zum ersten Male sichtbar, wenn auch nur schwach und kurze Zeit hindurch. In jedem Falle wird er deutlich sichtbar sein, wenn er innerhalb der nächsten drei Tage, unmittelbar nach Sonnenuntergang betrachtet wird. Er ist dann für fünf bis zehn Tage mit blossen Auge sichtbar, sein Schweif, der 150 Millionen km lang ist, wird deutlich zu betrachten sein.

WALDHEIM OPTIMISTISCH

MEXICO-CITY (UPI, AFP, R) — Generalsekretär Kurt Waldheim erklärte am Freitag in Mexico-City, dass er mit einer Truppentrennung im Nahen Osten innerhalb weniger Wochen rechnet, doch der Weg zu einer völligen Lösung des Nahostkonfliktes dürfte lang, schwer und schmerzlich werden.

Waldheim lobte die Bemühungen der USA und der Sowjetunion, die Konfliktpartner an den Verhandlungstisch zu bringen und stellte fest, dass die UNO nicht beabsichtigte mit den Grossmächten zu konkurrieren, sondern mit ihnen zu kooperieren wünscht.

Was das Problem des Terrors anbelangt, gab Waldheim zu, dass bisher keine Möglichkeit gefunden wurde, diese Frage im Rahmen der UNO zu lösen.

Die Drei-Tagewoche in England

Die britische Regierung ist sicher, dass die Dreitage-Arbeitswoche wenigstens sechs Wochen dauern wird. Ausser der Lebensmittelindustrie und den Lebensmittelgeschäften sind sonst nur wenige Branchen von der Bestimmung ausgenommen worden, dass vom 2. Januar 1974 an nur noch drei Tage in der Woche gearbeitet wird. Man macht sich in Grossbritannien noch keine klaren Vorstellungen darüber, wie die Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs und Industrieerzeugnissen versorgt werden kann und wie sich der Export entwickeln wird.

Der Industrie entstehen durch die Verkürzung der Arbeitswoche erhebliche Mehrkosten. An die Entlassenen zum Beispiel, müssen Entlassungsgelder ausgezahlt werden. Inwieweit der Staat mit Arbeitslosenunterstützung und Sozialfürsorge einspringen wird, ist noch ungewiss.

Der britische Industrieverband hat die Regierung bereits jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass zahlreichen Industrie- und Handelsbetrieben Zahlungsschwierigkeiten drohten. Das gelte vor allem für jene Fälle, wo die Unternehmen über den Umsatzverlust hinaus, zum Beispiel, allein für die 10 Millionen Arbeitnehmer verantwortlich seien, deren Wochenlohn für die Fünf-Tage-Arbeitswoche durch die Arbeitsgesetze garantiert sei. Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften, Industrieverbänden und einzelnen Unternehmen stehen bevor. Sie beginnen unter chaotischen Umständen, wie sie England selbst zu Kriegszeiten nicht erlebt hat. Zugleich ist eine Jagd der Bevölkerung auf Güter aller Art in den Geschäftn, die nicht geschlossen haben, entbrannt, Toilettenpapier, Bier, Whisky, Wäsche, Gummiwärmeflaschen, Taschenlampen und Kerzen werden in grossem Umfang gehamstert. Ausserdem stehen die Autofahrer weiterhin stundenlang Schlange vor den ohnehin nur wenige Stunden geöffnetn Tankstellen.

BLICK in die WELT

Mit Musikbegleitung entsteht zur Zeit in Atlanta (Georgia, USA) ein Wolkenkratzer. Arbeitspsychologen haben ein Experiment gestartet und auf dem ganzen Bau achtzehn Lautsprecher verteilt, aus denen Maurer, Zimmerleute, Erdarbeiter und Poliere pausenlos mit Melodien versorgt werden. Wie sämtliche Arbeiter erklären, fühlen sie sich seither abends weniger müde, und die Arbeit geht ihnen schneller von der Hand. Vor allem Männer, die in luftiger Höhe — ab der 15. Etage — tätig sind, werden durch die Musik angeregt und fühlen sich beschwingter als ihre Kollegen, die zur ebenen Erde oder in niedrigeren Stockwerken arbeiten.

★

Um Touristen wirbt das Ungeheuer von Loch Ness. In der Zeitungsanzeige, die Hoteliers und Geschäftsleute der Umgebung des schottischen Sees gemeinsam aufgegeben haben, heisst es: „Leute kommt — Nessie erwartet euch! Und denkt daran: Je länger ihr bleibt, um so grösser ist die Chance, dass ihr mich begegnet."

★

Ungewöhnlichen Arbeitsbeginn feierte Edward Wilson, neubestallter Leiter der Lincoln-Bank in Brooklyn (USA). Maskiert und bewaffnet betrat er sein neues Arbeitsgebiet und erschreckte seine künftigen Untergebenen mit dem Ruf: „Alles auf den Bauch legen!" Erst als die Belegschaft diesem Befehl verängstigt nachgekommen war, lüftete Mr. Wilson Maske und Inkognito und gab sich als Boss des Hauses zu erkennen. „Ich wollte mir nur einmal einen Ueberblick über Mut und Moral des Personals verschaffen", erklärte er sein Entree.

★

Der Arzt ist „Küchenmeister" in jedem vierten deutschen Haushalt. Wie eine Untersuchung ins Instituts für Absatzforschung ergab, müssen 25 von 100 Hausfrauen bei der Zusammenstellung ihres Speisezettels auf Krankheiten eines oder mehrerer Familienmitglieder Rücksicht nhmen. Diät für Gallen- und Leberleiden nehmen dabei mit 10 Prozent den ersten Rang ein. 8 Prozent beanspruchen eine Schonkost für Magen- und Darmerkrankungen, 3 Prozent haben einen Diabetiker zu versorgen, und 2 Prozent müssen ihren Magenfahrplan auf die Bedürfnisse alter Menschen abstellen. Der Kampf gegen das so häufig vorhandene Uebergewicht wird dagegen in nur 1 Prozent aller Haushalte mit dem Kochlöffel geführt.

★

Aufs Eis gelegt müssen, so heisst es in London, alle eventuellen Heiratspläne des britischen Thronfolgers Prinz Charles werden. Erst 1976 nämlich, so haben Finanzexperten ausgerechnet, sei die königliche Familie wieder in der Lage, sich ein so teures Spektakel wie die Hochzeit der Prinzessin Anne zu leisten.

AUCH SCHWEDEN ESSEN FALSCH

Trotz reichlicher Aufklärung und Beratung in Ernährungsfragen geniesst nur ein Drittel der schwedischen Bevölkerung eine richtig zusammengesetzte Kost. Eine Untersuchung ergab kürzlich dass 45,8 Prozent der Befragten zu fett essen. Zwischen den einzelnen Altersgruppen bestehen jedoch erhebliche Unterschiede. Bei jungen Mädchen, Frauen und alten Menschen ist im allgemeinen die Ernährung nicht zufriedenstellend.

Knessetausschuss empfiehlt
Hoehere Einkünfte fuer Reserve Soldaten

Das Problem der Einkünfte von Reservesoldaten lässt sich nicht so leicht lösen. Menschen sind urplötzlich am Jom Kippur aus dem Zivilleben herausgerissen, mobilisiert und an die Front geworfen worden. Tausende mühsam aufgebaute Existenzen gehen zugrunde. Die Soldaten sind begreiflicherweise besorgt. Nicht nur die selbständigen Kleinunternehmer befürchten für ihre wirtschaftliche Zukunft. Auch Angestellte und Arbeiter haben ihre ernsten Sorgen. Schulden, Hypotheken, Steuern müssen getilgt werden. An den Arbeitsplätzen springen neue Arbeitskräfte für die Mobilisierten ein. Werden sie vielleicht ihre Aufgaben übernehmen und besser erfüllen? Könnte es nicht sein, dass der demobilisierte Angestellte oder Arbeiter seinen Arbeitsplatz besetzt finden und neue Arbeiten — sogar in derselben Firma machen müssen wird?

Eine andere Frage, die jetzt von dem Knessetausschuss für Wirtschaft gelöst werden soll: Wie kann das Einkommen des Reservisten erhöht und an das Niveau des Einkommens eines Zivilisten angeglichen werden?

Der Knessetausschuss hat einige Empfehlungen in dieser Hinsicht ausgearbeitet und festgelegt, dass das Zahlungssystem geändert und die meisten Bezahlungen durch die Armeebehörden unternommen werden sollen. Die Reservisten sollen auch Zahlungserleichterungen bei der Bezahlung von Steuern, Lizenzen und anderen Abgaben an die Behörden erhalten.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Mdk Israel Kargman nahm in Gesprächen mit Pressevertretern zu diesem Thema Stellung. Er äusserte sich zu der Frage der Aenderung des Zahlungssystems. Die meisten Zahlungen sollen von den Armeebehörden geleistet werden und die Lage der Familie, die Zahl der Familiemitglieder, der Kinder, aber auch die militärische Aufgabe des Soldaten (ob er in der ersten Frontlinie, oder nur ein Lagerbehälter weit von d. Front entfernt ist) in Betracht ziehen. Der „Keren Haschwa'a" (Ausgleichsfonds für Gehälter) soll jedoch diejenigen Beträge auszahlen, die von den Armeebehörden nicht bezahlt werden. Dies bedeutet, dass diejenigen Soldaten, die mehr verdienten, als sie von der Armee erhalten, die Differenz von dem Ausleichsfonds oder von den Arbeitgebern bekommen.

AWIGDOR YESHA

Vertreter des Knessetausschusses haben sich letzthin an den Fronten mit Soldaten unterhalten, um deren Beschwerden zu vernehmen. Dabei ergab sich die Frage der Ueberstunden, Prämien, etc. die im Hinterland an Arbeiter ausgezahlt werden und deren Einkommen erhöhen. Deshalb wurde empfohlen, gesetzlichen Ausgleich zu schaffen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen zu dem Ausgleich beisteuern, wie etwa die Lehrer, die auf einen Teil ihrer Mehreinnahmen zugunsten ihrer mobilisierten Kollegen verzichtet haben. Dies war allerdings freiwillig und nicht unter dem Druck des Gesetzes geschehen.

Selbst wenn allerdings, die Armeebehörden die Zahlungen leisten, muss sich der Knessetausschuss weiterhin mit dem Finanzproblem befassen, da der Staat die Gelder zur Verfügung stellt.

Kargman stellt fest, dass die Armeebehörden auf diesem Gebiet bisher unerhörtes geleistet haben. Die Soldaten sind auch in den letzten Wochen ausgezeichnet verproviantiert worden. Anfang des Krieges gab es bekanntlich Tanksoldaten, die in Hausschuhen im Tank sassen und andere Soldaten, die keine Ohrenschützer auf den Golanhöhen hatten. Dennoch muss noch vieles verbessert werden, obwohl es nicht an Ausstattung sondern vielleicht nur an organisatorischen Massnahmen mangelt.

Was Arnonot, Steuern, etc. betrifft, soll das Gesetz, welches die Frage von Anleihen, Darlehen und Verzinsung regelt, bezüglich der Reservisten geändert werden. Empfehlungen dieser Art sind von dem Knesstausschuss bereits unterbreitet worden. Die Rückzahlung von Anleihen und Zinsen soll auf längere Zeit verteilt werden. Das gegenwärtig in Kraft befindliche Gesetz sieht 30 Tage Frist zur Bezahlung solcher Schulden vor. Wer lange Zeit im Militär dient, wird diese Vergünstigungen erhalten. Von den Arnona-Steuern wird niemand befreit, da es sich hierbei um Versicherungen handelt, auf die niemand verzichten soll. Die Frage ist nur, wann er die Arnona zu bezahlen hat, ohne die Rechte des Versicherten einzubüssen. Erst nach seiner Demobilisierung soll er in langfristigen Raten diese Gelder abzahlen.

Bei all diesen Aenderungen handelt es sich vorläufig um Empfehlungen des Knessetausschusses für Wirtschaftsfragen, doch nahmen Alufim der Armee an der Sitzung des Ausschusses aktiven Anteil. „Wir werden die Empfehlungen durchsetzen. Sie werden nicht auf dem Papier bleiben" sagte Kargman abschliessend.

ARABER WAEHLTEN KAHANE...

Von den rund 4,000 Stimmen der Ostjerusalemer Araber ging die überwiegende Mehrheit dem Ma'arach zu, um dessen Image unter den Arabern Jerusalems sich der Ma'arach-Vizebürgermeister Akiba Azulai und das Leitungsmitglied Meron Benvenisti redlich in persönlichen Kontakten mit Muchtaren und arabischen Beamten der Stadtvrewaltung abmühten. Gleichzeitig fielen einige arabische Stimmen auch dem Kandidaten der U.L. RA Huppert zu, sowie dem Vrtreter der Agudat Jisrael Rabbi Menachem Porush. Zu einer grossen Ueberraschung kam es beim Sortieren der Stimmen aus den 74 Wahlurnen der Oststadt, als sich herausstellte, dass auch Rabbi Meir Kahane, der Führer der Jüdischen Verteidigungsliga, einige vereinzelte Stimmen erhielt... Bekanntlich wandte sich Kahane vor einigen Monaten an die Araber Judäas, Samarias und Ost-Jerusalems mit dem Aufruf, ins Ausland zu emigrieren und erbot sich, ihnen dabei finanziell behilflich zu sein.

TAPFERKEITSMEDAILLE

Sarah Jane Warke, Gefreite im weiblichen Hilfsdienst der britischen Armee, erhielt jetzt die „Military Medal", die dritthöchste Tapferkeitsauszeichnung, weil sie unter Lebensgefahr Verstecke der IRA-Terroristen in Nordirland ausspionierte, die zur Verhaftung mehrerer Terroristen führte.

MACH ES SELBST

Wegen des Mangels an Handwerkern, die Reparaturen im Haushalt ausführen, werden in Ost-Berlin immer stärker die Reparaturstützpunkte aufgesucht. Dort kann man sich kostenlos Werkzeuge entleihen, ebenso wie Kleinmaterial aller Art, um die Reparatur dann selbst zu erledigen.

هكذا من الأصل

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

על מה תוכל הממשלה להחליט?

השר ישראל גלילי, אשר מופיע בדרך כלל כדובר של ראש הממשלה הביע את הדעה, שהממשלה הזאת רשאית להחליט על הפרדת הכוחות בסואץ, כלומר על נסיגת ישראל. גלילי הזכיר לנו, שהממשלה חתמה על שש הנקודות של קיסינגר אשר כוללות סעיף על הפרדת הכוחות.

לאמיתו של הדבר אינו מדובר כאן על ענין טכני אלא על הכרעה מדינית ממדרגה ראשונה. משה דיין התחיל בשיחות בוושינגטון ודרש כפרס לנסיגה ישראלית נשק בשלושה מיליארד דולר. כעת מצפים לתשובה מצרית וההכרעה תפול בחדרי הממשלות ולא בהתייעצויות של הקצינים בג'נבה, אשר ממלאים רק הפקיד טכני קטן.

נשאלת השאלה אם הממשלה הזאת רשאית בכלל להחליט על נסיגה ישראלית. התשובה אינה פשוטה, ועל חברי הממשלה לשים לב להצבעה של החיילים, אשר הביעו את דעתם בצורה די ברורה. החיילים אינם רואים אולאי את כל המסקנות המדיניות של מאבקנו אבל על הממשלה להתיחס בכל הרצינות לקול החיילים, אשר מסכנים יום יום את חייהם בחזית.

מזה נובע שמנדט הממשלה הוא מוגבל מאוד והיא צריכה להתקדם רק בזהירות הגדולה ביותר. ההכרעה האמיתית על עניני הגבולות תהיה רק ביד הממשלה הבאה, שיש להקים במהירות הגדולה ביותר.

י.א.פ.

DAS MANDAT DER REGIERUNG

Bis zur Bildung eines neuen Kabinetts ist die jetzige Führung die verantwortliche Regierung Israels und hat alle notwendigen Entscheidungen zu treffen. *Wenn nicht alle Anzeichen trügen*, wird noch diese Regierung vor dem *überaus* schwierigen Entschluss stehen, das Signal zum Rückzug auf der Sinai-Halbinsel zu geben.

Minister Galili, der im allgemeinen als Sprecher von Golda Meir auftritt, ist der Meinung, dass diese Regierung durchaus das Recht dazu hat, denn sie hat *die* berühmten sechs Punkte des Dr. Kissinger unterschrieben, u. *in diesen ist eine Trennung* der Fronten vorgesehen. Im Sinne dieser Auffassung schickte die Regierung auch Mosche Dayan nach Washington, um ihn dort ein Geschäft abschliessen zu lassen: israelischer Teilrückzug gegen Lieferung von Waffen im Werte von drei Milliarden Dollar. Dayan wollte in Washington seinen alten Plan durchsetzen, der ein kleines Zurückweichen Israels vorsieht, wofür die Aegypter den Kanal öffnen und sich mit dem Aufbau ihrer Städte beschäftigen sollen. „Aufbau als Beschäftigungstheraphie" — ist *gewissermassen die Devise* Dayans.

Im Grunde genommen, geht es hier nicht um eine technische, sondern um *eine* hochpolitische Entscheidung, und die in Genf *sitzenden Offiziere* sind im *ganzen* Spiel nur kleine Schachfiguren, die sich mit technischen Problemen befassen. Die Lösung wird dagegen in Gesprächen gefunden werden, die Dayan in Washington begonnen hat, die Kissinger mit dem designierten ägyptischen Botschafter fortsetzt und die ihre Weiterführung im Besuch des ägyptischen Aussenminister Fahmi in *Moskau* finden. *Möglicherweise* wird Dr. Kissinger selbst *nochmals* nach dem Nahen Osten kommen, um eine Beschleunigung der *Lösung* zu erreichen, wobei Israel darauf besteht, dass eine erhebliche Verdünnung der ägyptischen Streitkräfte auf dem *Ostufer* des Kanals vorgenommen werden muss und dass alle geräumten *Gebiete* von UN-Truppen besetzt werden müssen. Es darf also nach dem israelischen Abziehen kein Nachrücken *der* Aegypter geben, *und* sie müssen auf einen ganz *engen Streifen östlich des Kanals* beschränkt bleiben.

Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Aegypter dieser Lösung zustimmen werden, an der Israel wegen der Trennung der Streitkräfte interessiert hat. Die Frage *bleibt offen, ob die jetzt* abtretende Regierung nun wirklich *das Mandat hat*, einen Rückzugsbeschluss anzunehmen, der auch bei allen Verbrämungen im wesentlichen ein einseitiger israelischer Rückzug sein wird. Hier ist keine leichte Antwort möglich, und *das* Ergebnis der Wahlen innerhalb der Armee, sollte die Regierung zur *höchsten Vorsicht* mahnen. Die Soldaten haben ihrer Meinung deutlichen Ausdruck verliehen. sie an der Front betrachten die Dinge anders *als* die Männer der Kabinette und diplomatischen Couloirs. Die Soldaten mögen nicht alle weltpolitischen Zusammenhänge und Gefahren übersehen, aber sie haben ihr Leben für unseren Staat eingesetzt, und sie tun es noch tagtäglich. Daher sollte unsere Regierung mit aller Rücksicht vorgehen und verstehen, dass ihr Mandat eng begrenzt ist. Dieses Kabinett kann keine weittragenden Entscheidungen fällen, dazu wird erst die nächste Regierung imstande sein, und wir können nur hoffen, dass die Männer in Jerusalem die Stimme der Soldaten, unseres wichtigsten Kapitals, verstehen werden.

J.E.P.

HAUSFRAU WEGEN VIELFACHEN GELD- UND WARENDIEBSTAHLS VERHAFTET

Eine Hausfrau wurde in Ramat Gan unter dem Verdacht des vielfachen Diebstahls in verschiedenen Läden verhaftet und bei einer Wohnungsdurchsuchung wurden in verschiedenen Verstecken IL 43.000 in bar, sowie zahlreiche Diebesbeute aufgefunden.

Die Tel-Aviver Polizei ist bereits seit geraumer Zeit auf der Suche nach einer gutaussehenden Frau, die vor allem Kleidergeschäfte in Ramat-Gan, Petach Tikwa. Tel-Aviv und Jaffa aufzusuchen pflegt und dabei die Geldbörsen von Kundinnen aus den Umkleideräumen zu stehlen pflegt.

Die Polizei kam zur Schlussfolgerung, dass es sich um eine Einzelgängerin handelt und stellte aufgrund von Aussagen ihrer Opfer ein Klasteron dar, das verschiedenen Kaufleuten ausgefolgt wurde.

Ende der vorigen Woche bemerkte ein Ramat Ganer Kaufmann eine verdächtige Frau, die in der Nähe seines Geschäftes stand und den Eindruck zu erwecken versuchte, aus einer öffentlichen Telefonzelle zu sprechen. Er stellte eine grosse Ähnlichkeit zwischen der Frau und dem Porträt auf dem Klasteron fest, rief die Polizei herbei und liess die Frau festnehmen. Die Verdächtige leugnete zuerst jegliche Schuld, aber bei der Durchsuchung ihrer Wohnung wurden zunächst IL 38.500 in bar in einem Polster, IL 4.500 im Schrank und verschiedene Diebesbeute, darunter Essbestecke, Schmuck, Bügeleisen und Dutzende anderer Waren in verschiedenen Verstecken aufgefunden.

Die Polizei setzt ihre Untersuchung fort und man vermutet, dass die Frau eine lange Zeit hindurch die Diebstähle vorgenommen hatte, bevor sie festgenommen wurde. Sie ist mit einem Fabrikarbeiter verheiratet, und nun versucht die Polizei festzustellen, ob er über die Taten seiner Frau Bescheid wusste.

Das Gericht erliess einen Haftbefehl für 15 Tage gegen die Verdächtige, entsprach aber zugleich ihrem Wunsche, ihren Namen aus familiären Gründen nicht zu veröffentlichen.

Abkommen zwischen Bauunternehmern und Gasgesellschaften erzielt

Der Bauunternehmerverband und die Gasgesellschaften kamen überein, dass von nun an bei neuen Gebäuden den Gasgesellschaften ein Betrag von IL 150 per Wohnung von den Bauunternehmern und weitere IL 125 von den Wohnungsbesitzern für die Gasinstallationen gezahlt werden. Solche Bauunternehmer und Wohnungsbesitzer die höhere Summen an die Gasgesellschaften entrichtet haben, werden die überschüssigen Gelder zurückerhalten.

Die Bauunternehmer beschlossen ferner von den Banken eine Erhöhung der privaten Hypotheken zu verlangen, nachdem die Wohnungspreise angestiegen sind, um auf diese Weise potentiellen Wohnungskäufern zu ermöglichen, ihre Käufe zu tätigen. Zusätzliche Vergünstigungen werden auch für Kapitalinvestoren gefordert, um den Bau von Mietwohnungen zu fördern.

KATZIR EMPFAENGT DRUSENFUEHRER

Staatspräsident Ephraim Katzir empfing gestern Vertreter der drusischen Gemeinschaft anlässlich des Il-el-Fitr.

WEGEN FALSCHER FUEHRERSCHEINE VERHAFTET

Unter dem Verdacht der Verbreitung gefälschter Führerscheine wurde ein Einwohner von El Bira verhaftet. Die Polizei leitete gegen ihn eine Untersuchung ein, nachdem sie bei einem arabischen Taxifahrer, der sich eines Verkehrsunfalls schuldig gemacht hatte, einen solchen Führerschein aufgefunden hatte.

SCHARON BESTREITET AUSSCHEIDEN AUS DER ARMEE

Aluf Ariel Scharon dementierte gestern früh die Gerüchte, denenzufolge er aus dem aktiven Dienst auszuscheiden beabsichtigt. Scharon stellte fest, dass er solange seinen Reservedienst fortzusetzen beabsichtige, bis andere Reservisten angesichts des Ausnahmezustandes zum Militärdienst verpflichtet werden.

TELEFONKABEL BEI TUL-KAREM UNTERBROCHEN

Die Telefonleitungen in der Gegend von Tul-Karem wurden infolge eines Sabotageaktes für einige Stunden unterbrochen. Sicherheitsorgane leiteten diesbezüglich eine Untersuchung ein und nahmen mehrere Personen fest.

HAIFAER BEAMTE VON KORRUPTIONSVERDACHT FREIGESPROCHEN

Der 55jährige Josef Markus aus Kiriat Nachum, der unter dem Verdacht der Annahme von Bestechungsgeldern in seiner Eigenschaft als Dokumentenprüfer und Kassierer des Haifaer Fahrzeugregistrierung-Amtes vor Gericht gestellt worden war, wurde vom Haifaer Distriktgericht gestern jeglicher Schuld freigesprochen.

CAHANE KUENDIGT KAMPF UM „BEWEGUNGSFREIHEIT" AN

Ein Sonderausschuss d. „Selbstwehrliga" des Rabbi Meir Cahane wird in den USA und in Israel für „Bewegungs- und Redefreiheit" kämpfen, nachdem Rabbi Cahane bisher die Ausfolgung seines Reisepasses verweigert wurde und seine Bewegungsfreiheit an die für ihn unannehmbare Bedingung geknüpft worden sei, in den USA keinerlei Reden zu halten.

In einer Pressekonferenz in Tel-Aviv erklärte Rabbi Cahane, er wolle nach den USA reisen, um für die Einwanderung von Jugendlichen und Erwachsenen zu wirken, die sich nicht von den Emissären der Sochnut beeinflussen lassen. Die Niederlage bei den Knessetwahlen werde die Liga nicht davon abhalten, eine umfassende Aufklärungsaktion unter den Jugendlichen durchzuführen, wobei den Gymnasiasten besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

UNEINHEITLICHE BOERSENTENDENZ

Der gestrige Börsenhandel stand im Zeichen eines gewissen Ansteigens der Aktienkurse, während bei Schuldverschreibungen ein leichter Rückgang eintrat.

Der Kurs für den Natad-Dollar zog auf 4.81 an. Der offizielle Kurs für die D-Mark war 1.49—1.51 IL (schwarz 1,89). Der schwarze Dollar wurde mit 5,09 IL gehandelt

ELMER WINTER FORDERT VERSTAERKTE AUFKLAERUNGSTAETIGKEIT

Der Präsident des American Jewish Committee, Elmer Winter, erklärte bei seiner Abreise aus Israel, dass in den USA eine verstärkte Aufklärungstätigkeit in der Jerusalem- und in der Flüchtlingsfrage notwendig sei, um zu verhindern, dass die Energiekrise mit der Zeit antisemitische u. antiisraelische Reaktionen auslöst.

Winter stellte fest, er habe in Israel ein gewisses Gefühl mangelnder Selbstsicherheit festgestellt, eine Erscheinung, die hier bisher unbekannt war.

Während seines Aufenthaltes in Israel hatte sich Winter mit Aussenminister Eban, Verkehrsminister Peres, MdK Menachem Begin, MdK Eliaw und anderen Vertretern des öffentlichen Lebens getroffen.

1.400 Reservisten werden demobilisiert

Ein Ausschuss unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Almogi teilte mit, die Armeebehörden hätten sich bereit erklärt, 1.400 Reservisten zu demobilisieren, die im Arbeitsprozess des Landes wichtige Aemter bekleiden. 14.500 Anträge auf Befreiung industrieller Facharbeiter und Arbeitsleiter seien von der Industrie gestellt worden. Almogi erklärte, dass sein Ministerium weitere Demobilisierung dieser Kategorie verlange.

Aluf Herzl Schafir von der Heeresabteilung für Arbeitskräfte erklärte, man müsse auch den Erfordernissen der Streitkräfte Rechnung tragen.

Radio und Fernsehen

Dienstag, 8.1.1974

PROGRAMM A:

Jede Stunde Nachrichten.

8.05, 9.05, 10.05 Morgenkonzert; 12.15 Schülerprogramm; 12.35 und 13.25 Mittagskonzert — leichte klassische Musik; 14.10 Für Mutter und Kind; 16.05 Eine Minute Hebräisch 16.30 Konzert; *18.55* Für den Landwirt; 19.00 Hajom Hasel (Abendjournal); 19.50 Bibelrezitation; 20.05 Erinnerungen aus Erez Israel; 20.30 Abendprogramm.

Nachrichten und leichte Musik während der ganzen Nacht.

PROGRAMM B:

6.05 Morgengymnatik; 6.10 Musikalische Uhr; 7.20 Morgengesänge; 7.55 Für den Autofahrer; 10.05 Hausfrauenprogramm; 12.05 Betrieb und Arbeit; 12.30 Unterhaltungsprogramm; 14.10 und 15.05 Leichtes Programm; 16.35 Lieder; 21.05 Abendprogramm.

Nachtprogramm wie Sender A.

MILITAERSENDER:

Nachrichten jede Stunde.

6.05, 7.05, 8.30, 9.05 und 0.05 Lieder und Grüsse. 8.05, 2.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 15.05 Zum Nachtisch; 17.40 Grüsse und Lieder; 20.50, 21.05 Wunschprogramm. — Abendprogramme bis Mitternacht.

FERNSEHEN:

17.30 Nachrichten; 17.32 Unterhaltungsprogramme 18.30 Arabisches Programm; 20.00 Beginn der Programme in Hebräisch; 20.30 Mabat; 21.30 Kriminalfilm, folgend: Abendprogramme. Abschluss: Tagesabschnitt und Nachrichten.

EINBRUCH IN TIFFANY EINDEUTIG FINGIERT

Wie die Polizei jetzt erklärt, sprechen alle *Anzeichen* für einen vorgetäuschten Einbruch in das Nachtlokal von „Tiffany's" im Hotel Dan, wo am Sonntag bekanntlich ein Brand ausbrach. ITIM erfährt, dass die Polizei den *Einbruch* definitiv für fingiert hält. **Die Brandstifter wollten auf diese Weise die Detektive irreführen.**

In der polizeilichen Untersuchung wurde festgestellt, dass aus dem Safe des Nachtklubs einige Tausend Pfunde fehlten.

Das Nachtlokal gehö[rt ei]nem Konzern, der ei[ne Reihe] von Lokalen gleichen [...] in Europa unterhält. E[s handelt] sich um ein selbständig[es Unter]nehmen, dessen Leitung [in kei]nerlei administrativem [Zusam]menhang mit dem [...] steht.

In dem Grosshotel w[urde] gleich nach Löschung d[es Bran]des der Betrieb in vol[lem Um]fang wieder aufgenomm[en. Die] Hotelleitung hat bes[...] den Hotelgästen die N[...] Brandes nicht auf die R[echnung] zu setzen. Hotelgäste, [die es] wünschten, wurden in [andere] Hotels des gleichen K[onzerns], so, z.B., ins „Accadia". [...]lia, umquartiert.

Die Hotelleitung lob[te beson]ders die effektvolle und [...] Arbeit der Polizei, de[r Feuer]wehr und des Magen [David] Adom, die ein Unglück [verhin]dern konnten. Innenmini[ster] Josef Burg, hat angeord[net,] alle Untersuchungser[gebnisse] über die Brandursache z[u ver]breiten. Der Minister ist [...] Feuerwehr im ganzen La[nde] oberste Zuständigkeitsins[tanz].

Terroristen in Damask[us mel]deten prompt, dass sie [für die] Brandstiftung im Na[chtlokal] „Misadi" (dies ist nach ih[rer An]gabe der Name des Loka[ls ver]antwortlich seien.

aus dem Lande

SOLDATEN SOLLEN AN AUSSCHREIBUNGEN TEILNEHMEN

Der Staatsbeamten-Kommissar Nitzan erliess eine Verordnung, die auch im Reservedienst befindlichen Staatsbeamten u. Soldaten, die vor der Entlassung aus dem Reservedienst stehen, gestatten soll, an Ausschreibungen teilzunehmen. Die Zeit für die Anmeldung von Kandidaturen wurde auf 21 Tage verlängert. Jedem Soldat soll es gestattet sein, seine Kandidatur schriftlich anzumelden und nicht ausschliesslich auf Formularen.

FLEISCHER VERKAUFEN HUNDEFLEISCH

Die Fleischer, Jaakow Schabtai und Arjeh Itzkowitz, aus der Jaffastrasse 29, in Haifa, wurde *vor dem Haifaer Distriktgericht* wegen des Verkaufs von Hunde*fleisch* angeklagt, das sie als Schaffleisch ausgegeben haben. Die Staatsanwaltschaft behauptet ferner, dass das Fleisch einem infolge von Erkrankung krepierten Hunde entnommen wurde und nicht für Konsum durch Menschen geeignet war.

AERZTE- UND APOTHEKENDIENST

Apothekendienst Tel-Aviv: Dienstag nacht bis 23.00 Uhr: Ben Jehudastr. 183, Tel. 242673. Kikar Hamedina, He Be'iyarstr. 48, Tel. 258046.

Ramat Gan und Umgebung: Ramat Gan, Jabotinskystr. 65, Tel. 793483.

Bnej Brak: Wie Ramat Gan. **Herzlia und Umgebung:** Kfar Schmarjahu, Merkas Mischari.

Bat Jam: Balfourstr. 135.

Cholon: Trumpeldorstr. 4.

Beer Schewa: „Aviv".

Aerzte-Nachtdienst Tel-Aviv: Dr. Har Ewen, Epsteinstr. 6. Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte-Nachtdienst, T.-A., Tel. 614333 oder *101* von 8 Uhr abends bis 7 Uhr früh.

Gusch Dan: Magen David Adom. Diensthabende Arzt. Telefon 781111.

Aerztenachtdienst der Kupat Cholim „Maccabi" Tel-Aviv: MDA, Tel. 101; **Gusch Dan:** MDA, Tel. *781111*; **Aschdod:** MDA, Tel. 22222; **Natania:** MDA, Tel. *23333*; **Bat Jam:** MDA, Telefon 863333; **Cholon:** MDA, Tel. 843133; **Petach Tikwa:** MDA, Tel. 912333; **Zfat:** MDA, Telefon *101*; **Rechowot:** MDA, Tel. 951333; **Rischon Lezion:** MDA, Tel. 924333; **Herzlia:** MDA, Tel. 981333; **Haifa:** MDA, Telefon 101; **Jerusalem:** MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim Merkasit: Ärzte-Nachtdienst: 8 Uhr abds. bis *7 Uhr* morgens. *Dr.* Wats, Allenby Rd. 50, Tel. 53888 (nur tagsüber). *Dr.* Marc Dona, Hachaschmonaimstr. 4, Telefon 248228.

Ramat Gan, Giwataim und Bnej Brak: MDA, Hagilgalstr. 42, Tel. 781111, von 8 Uhr *abends bis* 7 Uhr früh. Dr. Komloch (Kinder), Weizmann Str. 33, *Giwataim*, Tel. 721621; **Herzlia, Neve Amal, Ramat Hascharon:** *Mitteilung im Suif* **Chedera:** MDA, Tel. 23333, von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Jerusalem Apothekendienst 19.00—23.00 Uhr: Hapisgastr. 59, Tel. 535626. Chan Alsit, Tel. 282040.

WOHIN GEHT MA[N]

IN HAIFA: Exklusive E[...] pension. Hotel-Pension „Isr[...] Har Hacarmel, Margaliotst[r...] Tel. 244343. Individuelle P[flege,] ärztliche Aufsicht, Diät [...] familiäre Atmosphäre.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:

Allenby: „Charley Varrick[...]
Ben Jehuda: Kill (3. Wo[che)]
Cinema One: The Dead [...] alive
Chen: The Bigamist
Cinerama: Battle of Gia[nts]
Chen: The great Race
Esther: Blume in Love
[H]ekel: The great Race (15. Woche)
Ophir: White Lightning [(...] Woche)
[O]rly: Waterloo Bridge (6. [Wo]che)
Peer: Malizia
Paris: Straight on till [mor]ning. (2. Woche)
Ramat Aviv: And hope to [...]
Studio: Journal intime d'[une] Demi-Vierge (7. Woche)
Tchelet: Play it again [...] (18. Woche)
Tel-Aviv: Emperor of [the] North Pole
Zafon: The heartbreak [...] (2. Woche)
Kino Lili, Ramat Gan: Tarzan gegen die Nazis [...] nur 9.30. To Sir, with Lo[ve]

יום ג', י"ד טבת תשל"ד

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

Tageszeitung in deutscher Sprache
Redaktion und Administration:
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52, Tel. 32675